

DAS BULLETIN

des
alternativen
Zug



Nummer 1/2 März 2002

«Ich spüre
eine Auf-
bruchstim-
mung bei
uns!»
Hanspeter
Uster





3 Editorial

Unweigerliche Rhythmen –
Strategiespiele im Wahljahr
2002

12 Asylbrücke Zug

Asylpolitik – wen kümmerts
noch?

**18 Arbeitsrechtliche
Streitigkeiten**

Schlichter statt Richter



14 Workshop

«Nachhaltiger Verkehr»

Autofreies Wohnen in Zug

19 Zuger Beteiligung an «Swiss»

Solidarität mit Maschinen
oder mit Menschen

4 Zukunftsvision Verkehr

2016: Die Grossregion Zug
löst ihre Verkehrsprobleme



20 Der Wald nach «Lothar»

«Borkenkäfer gehören zum
Wald»



6 Interview Hanspeter Uster

«Ich spüre eine Aufbruch-
stimmung bei uns!»



16 Vision Kantonsspital-Areal

Freiraum schaffen

24 Serviceteil

Buch
Kino
Neue Kantonsrätin
Frontal
Veranstaltungen
Bulletin intern
Impressum



Unweigerliche Rhythmen – Strategiespiele im Wahljahr 2002

Zuger und Zugerinnen müssen sich wappnen. Nicht alles, was Politikerinnen und Politiker tun, ist sachdienlich und uneigennützig. Wenn Herr Kantonsrat just in diesem Frühling unerwarteten Einsatz zeigt und Frau Gemeinderätin sowohl an der GV der Trachtengruppe wie auch an der Jahresversammlung des Aloisiusvereins erscheint, ist das ein Hinweis: Noch zwei Jahreszeiten bis zu den Wahlen, es «wahlherbstet» schon bald, der «Countdown» läuft.

Erfreulich, dass wiederum im Proportional gewählt wird. Wie sich in letzter Zeit in politischen Diskussionen gezeigt hat, ist man von der Wichtigkeit des Einbezugs politischer Randgruppen mehr denn je überzeugt.

Noch vor kurzem schien es weit hergeholt, über verschiedene politische Gruppierungen und Parteien im Kanton zu sinnieren: Es gibt in Zug eine Schicksalsgemeinschaft ohne Parteigrenzen. Vielleicht wird in nächster Zeit stärker aufgrund einer inneren Überzeugung politisiert; der Überzeugungen sind es allerdings nach wie vor viele. Das Innehaben politischer Mandate und somit das Ausüben von Macht hat im Kanton Zug im Wahljahr 02 eine dunkle Seite: Brutal hat sich die Nähe von Macht und Ohnmacht gezeigt. Kandidaten und Kandidatinnen werden es sich gut überlegen, in welcher Form sie an unserer Demokratie mitgestalten wollen. Anerkennungsbedürfnis oder ein Helfersyndrom alleine reicht als Motivationsschub im Wahlkampf nicht mehr aus.



Der politische Alltag ist schnell zurück, als würde er mit altvertrauten Rhythmen und Mechanismen etwas von der Sicherheit zurückgeben, die im letzten Herbst verloren ging. Politisieren wie eh und je hat auch etwas Vertrautes an sich.

Also starten wir zum Strategiespiel für Erwachsene, Wahljahr 02, Geschicklichkeit und Ausdauer sind gefordert. Zu diesem hypothetischen Gesellschaftsspiel gehört auch ein Stapel Handicap-Kärtchen, will heißen «eine Runde aussetzen», beispielsweise bei:

- Hartnäckigem Wiedereinbringen ethischer Grundsätze
- Nichtoffenlegen von Mandaten
- Offenlegen von Mandaten bei der falschen Organisation
- Einsatz für Zuger Kirchenasyl
- Nichterscheinen an der «Chilbi» (für Stadtzuger speziell Oberwiler Chilbi)

In der Spielanleitung steht weiter geschrieben: «Handicaps sind empirisch

zusammengetragen und unterstehen keiner Wertung.» Davon gibt es total 147, aus Platzgründen können hier nicht alle aufgezählt werden. Dem Anforderungsprofil für Spielende sind zwei Seiten gewidmet, ein Auszug:

- Bereitschaft zu niederschwelliger Prostitution
- Elefantenhaut ohne gleichzeitige Neigung zum Rüsseln
- Gute(r) GewinnerIn
- Gute(r) VerliererIn
- Bringt maximal drei der 147 Handicaps mit

Wahrlich kein Schleck, weder die Suche nach Spielern und Spielerinnen noch das Mitmachen an sich, aber trotzdem empfehlenswert. Wir Freien Wähler und Wählerinnen gehören nicht zu den staatstragenden Parteien, wir sind Hefe im grossen Teig, tragen zum Gären bei und reagieren empfindlich auf Temperaturstürze und Zugluft – ein Handicap. Gespannt wartet man zur Zeit auf Namen für das diesjährige Strategiespiel.

Es braucht in unserem Kanton alternative Randgruppen, ansonsten wäre die Politlandschaft um einige Sonnenuntergänge, beziehungsweise -aufgänge ärmer. (Dies ist ein bildlicher Vergleich, gemeint ist keine rote Erleuchtung.) Und überhaupt ist Linkswählen Sicherheit versprechend: Waren doch unter den dicken politischen Hunden der letzten Monate keine linken. ■

Marianne Aepli, Präsidentin der Freien Wähler, Menzingen

2016: Die Grossregion Zug löst ihre Verkehrsprobleme

Dank guten Rahmenbedingungen wächst der Siedlungsdruck auf die Region Zug. Besonders beim Verkehr sind zukunftsweisende Lösungen gesucht. Der folgende Beitrag ist eine Mischung von Fiktion und Realität. Zahlen und Berechnungen liegen aktuellen Studien zu Grunde. Auch die Zuger Stadtbahn (Phase 1) ist beschlossene Sache. Die Rahmenhandlung ist erfunden.

Von Oscar Merlo, TeamVerkehr Cham/Zug*
Bild Arlene Wyttenbach

Bärti Arnold, Mitglied des Regionalrates der Grossgemeinde Ennetsee, beschleunigt seine Schritte. Soeben hat ihm sein «i-traffic» gemeldet, die Stadtbahnkomposition ZUG23 werde pünktlich um 17.52 Uhr den Bahnhof Rotkreuz erreichen. Das ist in genau drei Minuten. Hastig zwängt sich der Politiker durch die Autos, die sich vor eineinhalb Stunden auf der Buonaserstrasse zu stauen begonnen haben. Vor kurzem wurde die Grossüberbauung Buonaserfeld mit herrlichem Blick auf den See und die Berge fertig gestellt. Seither hat der Individualverkehr im Dorf Rotkreuz wieder zugenommen – merklich sogar: «Müssen unbedingt den Takt für den Ortsbus verdichten», geht es ihm durch den Kopf.

Doch für solche Gedanken hat er jetzt keine Zeit. Sein «i-traffic», dieser clevere mobile Verkehrsmanager, piepst. Und er irrt sich nie: Pünktlich auf den Fahrplanwechsel lud der nützliche Assistent selbständig den neuen Fahrplan vom Internet. Schon sieht Arnold die Komposition in den Bahnhof einschwenken. Seit die zweite Etappe der Stadtbahn des noch immer boomenden Kantons Zug in Betrieb genommen wurde, fahren die



Am Workshop «Nachhaltiger Verkehr in der Stadt Zug» erläuterte Oscar Merlo seine Vision 2016.

Züge extrem pünktlich. Die letzten 200 Meter an diesem heissen Sommerabend bewältigt Arnold im Laufschrift. Geräuscharm fährt die Komposition im Bahnhof ein, schnell öffnen sich die Türen. Lange Aufenthaltszeiten kennt die Stadtbahn nicht. Ein letzter Satz, und Bärti Arnold befindet sich im Zug. Schon meldet sich die Stimme aus den Lautsprechern: «... Baar und Zürich. Please, clear the doors. This train will continue to Cham, Zug and Baar and Zürich.» Seit die Schweizer Stimmberechtigten Englisch als zweite Landessprache eingeführt haben, werden Ansagen in zwei Sprachen durchgegeben.

«Endlich denkt nicht mehr jede Gemeinde nur an ihren Vorteil»

Bärti Arnold wischt sich den Schweiß von der Stirne – wenigstens ist es im Zug angenehm. Um seinen Fahrschein muss er sich nicht kümmern. Beim Passieren der Türe hat «Easy Ride» automatisch seinen elektronischen Stadtbahnbadge aktiviert, der im «i-traffic» inte-

griert ist. In acht Minuten wird er Cham erreichen, wo der Grossrat Ennetsee tagt. Seit sich die vier Gemeinden Cham, Hünenberg, Risch und Steinhausen zu einer Einheitsgemeinde zusammengeschlossen haben, hat die Regionalplanung einen grossen Schritt vorwärts gemacht. «Endlich denkt nicht mehr jede Gemeinde nur an ihren eigenen Vorteil», sinniert Arnold, der vom Skeptiker zum überzeugten Regionalpolitiker geworden ist.

Seine Gedanken kreisen um die kommende Sitzung, die um 18.15 Uhr beginnt. Der amerikanische Computergigant Apple plant beim Anschluss Rotkreuz eine der letzten eingezonten Parzellen zu überbauen: mit einem 80 Meter hohen schlanken Glasturm – «ein überzeugendes Projekt», muss Arnold auch nach dem wiederholten Studium der Unterlagen zugeben. Mit Hunderten von hochqualifizierten Arbeitsplätzen, welche sich positiv für den Standortvorteil der Gemeinde Ennetsee auswirken werden. Doch leider sind mit dem Projekt einige nicht unerhebliche

Zukunftsvision Verkehr

Probleme zu bewältigen. Immerhin, so stellt Arnold mit Genugtuung fest, hat die Gemeinde ihre Hausaufgaben bezüglich der Standortattraktivität gelöst. Denn Apple wählte aus einer Konkurrenz von 20 Städten in Europa Ennetsee als Standort für ihren europäischen Hauptsitz aus. Nun gilt es die Verkehrsprobleme zu lösen! Arnold seufzt. Bis anhin hatten die Verkehrsingenieure immer überzeugende Lösungen für diese schwierige Materie gefunden. «Bin gespannt, welche Vorschläge sie uns heute unterbreiten werden», geht ihm durch den Kopf.

«Qualität des städtischen Einkaufens neu entdeckt»

Schnell kommt die Stadtbahn bei der neuen Haltestelle Riedstrasse im Rotkreuz Industriegebiet zum Stehen. Die Menschen drängen in den Zug. «Da haben sich die Verkehrsprobleme vor 15 Jahren geradezu einfach präsentiert», blickt Arnold zurück, «auch wenn die Menschen schon im Jahre 2001 den Eindruck hatten, im Verkehr zu ersticken.» Dabei hatten die Verkehrsingenieure das Szenario ziemlich gut vorausgesagt. Mit 46 Hektaren waren die beiden attraktiven Industrie- und Gewerbezone Rotkreuz und Hünenberg-Bösch beim Autobahnknoten Rotkreuz gerade mal zur Hälfte überbaut. Mit einer Belastung von 1800 Fahrten in den Spitzenzeiten hatte der Knoten im Jahre 2001 seine Kapazitäten ausgeschöpft. Die Verkehrsingenieure zeigten damals auf, dass die Kapazität des Anschlusses mit baulichen Massnahmen um rund 30 Prozent auf 3000 erhöht werden kann – was schliesslich auch realisiert wurde. Nach langen politischen Diskussionen haben die politischen Verantwortlichen des Regionalrates auch dem Antrag zugestimmt, dass keine neuen der damals sehr populären Fachmärkte gebaut werden dürfen – «wahre Parkplatzfresser waren sie»,

erinnert sich Arnold. «Glücklicherweise haben sich die Einkaufsgewohnheiten mit den neuen Möglichkeiten des Internets verändert. Und seit die Stadt Zug dank dem Bau des Minitunnels grossflächig verkehrsfrei wurde, haben die Zugerinnen und Zuger die Qualität des städtischen Einkaufens neu entdeckt.»

Parkplatzbeschränkung verhindert Verkehrslawine

Auf der Fahrt, stellt Bärli Arnold einen zwar starken, aber doch immerhin flüssigen Verkehr fest. Zufrieden resümiert er, dass sich die hitzigen Auseinandersetzungen um Parkplatzbeschränkung und Parkplatzbewirtschaftung im Jahre 2009 gelohnt hatten. Auch damals bildeten die Berechnungen und Empfehlungen von TeamVerkehr eine verlässliche Grundlage, welche die stark emotional geführte Debatte versachlichte. Wären damals die nach dem geltenden Baugesetz möglichen zusätzlichen 6500 Parkplätze realisiert worden, hätte dies zu einem solch massiven Verkehrsaufkommen geführt, welches das Strassennetz nicht mehr hätte schlucken können. Bis zu 12000 Fahrzeuge wären in den Spitzenstunden unterwegs gewesen. Die Vorstellung, dass in den Stosszeiten eine solche Verkehrslawine Rotkreuz überrollt, hat Politiker wie Unternehmer zur Raison gebracht. Darunter gelitten hätten nicht nur die Menschen, sondern auch der sorgfältig aufgebaute Standortvorteil. Nach zähen Verhandlungen konnte erreicht werden, dass die Zahl der Parkplätze drastisch reduziert wurde. Allerdings wurde im Gegenzug der unverzügliche Ausbau der Stadtbahn mit einem 7,5-Minuten-Takt, zusätzlichen Haltestellen sowie der Ausbau des Busnetzes gefordert.

Die Stadtbahn passiert die Haltestelle Golfplatz Holzhäusern. Ein Blick auf das Display seines «i-traffic» bestätigt ihm, dass nur mehr wenige freie Parkplätze zur Verfügung stehen. Seine Frau, die

wie er begeistert Golf spielt, wird daher die Bahn genommen haben. Nachdem die Stadtbahn auch am Abend im Halbstundentakt verkehrt, ist auch die Rückkehr kein Problem.

Doch zuerst wird die Erschliessung des neuen Hauptsitzes diskutiert werden müssen. Die negativen Folgen des zunehmenden Individualverkehrs haben die Behörden in Kalifornien vor langer Zeit zu drastischen Massnahmen greifen lassen und die Apple-Verantwortlichen sensibilisiert. Als umweltbewusstes Unternehmen hat sich der Computerhersteller entschieden, bei der Lösung der Verkehrsprobleme zu helfen: Den künftigen Hauptsitz soll ein eigener Ast der Stadtbahn erschliessen, und Apple will sich auch finanziell daran beteiligen. Verkehrstechnisch stellt das Projekt keine Probleme dar – die Grundlagen wurden in einer Machbarkeitsstudie von TeamVerkehr erstellt. Dabei konnte Oscar Merlo auf die Erfahrungen seines Partners, Otto Hintermeister vom TeamVerkehr Winterthur, zurückgreifen, der vor zehn Jahren die Ringbahn Hardwald konzipierte.

Nur der Gemeindepräsi steht im Stau

18.00 Uhr, Arnold begegnet seinem Kollegen Thomas Weber aus Steinhausen, der zu gleicher Zeit im Terminal Cham eintrifft. In gelöster Stimmung laufen sie diskutierend zur Sitzung des Regionalrates, im Wissen darum, eine weitere gute Lösung zur Bewältigung der Verkehrsprobleme der Region Zug zu beschliessen.

Die Sitzung beginnt ohne den Gemeindepräsidenten – der steht noch im Stau. ■

** Oscar Merlo ist Verkehrsplaner mit einem eigenen Planungsbüro in Cham: TEAMverkehr Zug, Hünenbergerstrasse 5, 6330 Cham, Tel.: 041 / 783 27 33, merlo@teamverkehr.ch, www.teamverkehr.ch*



«Ich spüre eine Aufbruchstimmung bei uns!»

Am 4. März gab Landammann Hanspeter Uster bekannt, für eine 4. Amtsperiode im Regierungsrat zu kandidieren. Der SGA-Politiker hat nach dem Attentat vom 27. September um diesen Entscheid gerungen, das Ja hat bei ihm nun viel Energie frei gesetzt. Im Interview äussert sich Uster zu seiner persönlichen Situation, zur Qualität des Kantonsspitals, zur Zuger Finanzpolitik und was diese auslöst sowie zum Leistungsausweis der alternativen Politik.

**Interview Martin Stuber (am 9. und 16. März 2002)
Bilder Arlene Wytenbach**

BULLETIN: Hanspeter, Du hast die erste Arbeitswoche hinter Dir, nachdem Du der Öffentlichkeit mitgeteilt hast, für eine vierte und letzte Legislatur als Regierungsrat zu kandidieren. Die Reaktion reichte von Erleichterung bis Begeisterung. Was bedeutet der Entscheid für dich?

Hanspeter Uster: Bereits am Montagabend konnte ich mir gar nicht mehr vorstellen, dass ich anders entschieden hätte. Obwohl die drei Wochen vor dem Entscheid mich wiederum viel stärker hin- und hergeworfen haben als im Januar, wo es mir sehr gut lief. Das war unter an-



derem auch deshalb, weil ich wusste: «Jetzt musst du dich entscheiden».

Der Entscheid selber hat wirklich sehr viele Kräfte freigesetzt und trotz einigen strubben Tage ging es mir seit dem 27. September nie mehr so gut.

BULLETIN: Aber das liegt ja wohl nicht nur an deinem Entscheid?

Hanspeter Uster: Nein, tatsächlich. Ich bekam rund 200 Reaktionen – sehr viele davon schriftlich, und das tut gut. Diese Woche war ich sowohl bei meinem Psychologen als auch in der Feldenkraistherapie. An beiden Orten kann ich den 27. September und die Zeit danach sehr gut verarbeiten, und zwar auf der psychischen wie auch auf der körperlich-seelischen Ebene.

BULLETIN: Wie geht es Dir körperlich?

Hanspeter Uster: Gut. Ich bin viel lockerer geworden in der Grundhaltung, das zeigt sich auch dank der Feldenkraistherapie. Diese Lockerheit ist nicht nur eine körperliche Angelegenheit, sondern betrifft mich als ganzen Menschen.

Die Lunge funktioniert schon seit längerem wieder normal. Das Einzige, was ich noch spüre, sind die Rippen. Dort bin ich wetterfühliger geworden, aber das zeigt auch, dass die Nervenbahnen wieder funktionieren.

BULLETIN: Aber nach der Veranstaltung im Neumarkt-Theater in Zürich mit FACTS-Chefredaktor Hannes Britschgi (vgl. NZZ-Artikel vom 16.3., nachzulesen auf www.sga-zug.ch) hattest Du gewisse Probleme. Mutest du dir nicht schon wieder zuviel zu?

Hanspeter Uster: Der Abend verlief sehr gut, ich fühlte mich wohl. Ein zweistündiges Gespräch braucht natürlich Kraft, aber wie Hannes Britschgi das gemacht hat, war sehr gut strukturiert und angenehm. Doch der Abend forderte mich als ganze Person: persönlich, politisch, intellektuell. Und da hat der Körper wahr-

scheinlich das feinere Sensorium als der Kopf. Mir wurde in der Beiz, als wir noch etwas Kleines assen, auf einmal schwindlig, nichts Schlimmes, aber doch ein Zeichen, dass ich mit meinen Kräften hausälterisch umgehen muss.

«Ich bin beeindruckt, wie hoch die Qualität der Behandlung im Kantonsspital ist.»

BULLETIN: Du hast nach dem 27. das Kantonsspital sehr gut kennen gelernt. Das Gesundheitssystem – ein Dauerbrenner in der Politik – von innen gesehen.

Hanspeter Uster: Ich war und bin beeindruckt, wie hoch die Qualität der Behandlung im Kantonsspital ist. Und zwar umfassend – nicht nur technisch-medizinisch, sondern auch im menschlichen Umgang. Die Ärzte sind nicht abgehoben, sondern können einem Laien erklären, wo das Problem ist und welche Behandlungsschritte und -optionen es gibt.

Zum Pflegepersonal: Als ich Ende Oktober nochmals ins Spital musste, weil ich noch ziemlich viel Wasser in der Lunge hatte, kam das Gefühl hoch, an einen mir lieb gewordenen Ort zurückzukehren. Und ich bin eigentlich sicher, dass die Freundlichkeit und Herzlichkeit nicht mir als Landammann gegolten hat, sondern als Menschen. Diese Art, mit Menschen umzugehen, wie ich sie erlebt habe, kann nicht auf Befehl abgerufen werden. Die Arbeitsbedingungen müssen stimmen.

Ich finde es schade, dass dieser Aspekt in der politischen Diskussion viel zu kurz kommt und im Gegenteil immer so getan wird, als ob das Kantonsspital einfach ein 08.15-Betrieb für Grundversicherte wäre und eine gute Behandlung nur in Privatkliniken möglich sein soll.

Die Leistung des Personals ist um so höher zu werten, als die personelle Dotierung sehr knapp ist – bei den Ärzten wie beim Pflegepersonal. Den Nacht-



Hanspeter Uster: «Ich bin viel lockerer geworden in der Grundhaltung.»

dienst macht oft eine einzige Krankenschwester für 24 Betten – früher waren sie zu zweit, das ist jetzt offenbar nicht mehr möglich.

BULLETIN: Sind das die Auswirkungen des Sparkurses, den ja gerade die SVP so innig verfolgt?

Hanspeter Uster: Direkt spürbar sind sie nicht, aber ich glaube nicht, dass dieses hohe Niveau auf die Dauer erhalten werden kann, wenn nicht personell und auch von der Bezahlung her immer wieder nötige Anpassungen erfolgen.

BULLETIN: Das sieht die SVP im Kantonsrat aber anders. In einer Interpellation wurde dem Verwaltungsrat der Spitalbetriebe Baar-Zug (SBZ) der – «grosszügige» GAV-Abschluss vorgeworfen und die Regierung gefragt, weshalb sie hier nicht interveniert habe.

Hanspeter Uster: Mit der rein ideologischen Brille betrachtet sieht die Realität immer anders aus, als sie tatsächlich ist. Die SVP Schweiz will ja auch den Grundversicherungskatalog auf das absolute Minimum beschränken. Das verkaufen sie dann demagogisch als – «zahlbare Krankenkassenprämien». Die Bevölkerung wird diesen Trick aber durchschauen, sobald die SVP bekannt geben muss, welche Leistungen gestrichen werden sollen.

Für mich gibt es eine relativ einfache Richtschnur: In die Grundversicherung gehören alle Leistungen, die es dem betroffenen Menschen ermöglichen, weiterhin ein mehr oder weniger normales Leben zu führen. Wenn dies als Ausgangspunkt dient, bin ich dann gespannt, wie die SVP ihrem Wahlvolk – das überproportional aus älteren Menschen besteht, die natürlicherweise auf mehr Gesundheitsleistungen angewiesen sind – eine massive Einschränkung dieser von der Krankenkasse bezahlten Gesundheitsleistungen erklären wird.

Vielleicht orientiert sich aber die SVP auch an Tony Blairs Gesundheitswesen in England, wo 50-jährige Menschen jahrelang mit irrsinnigen Schmerzen auf eine Hüftoperation warten müssen und in ihrer Verzweiflung teure Operationen in Frankreich oder Deutschland auf sich nehmen – wenn sie es sich leisten können. In der Schweiz ist so etwas zum Glück nicht mehrheitsfähig.

BULLETIN: Interessant ist ja die Tatsache, dass die gleichen Kreise, welche die Privatisierung der Spitäler mit aller Gewalt vorantreiben, nun der Regierung vorwerfen, dass sie nicht im Verwaltungsrat interveniert hat, um einen weniger personalfreundlichen GAV durchzusetzen.

Hanspeter Uster: Ja, man kann halt nicht den privatisierungsfreundlichen Fünfer und das sparideologische Weggli haben. Aber die Verselbstständigung der SBZ ist natürlich ein Problem, weil für die wirklich politischen Fragen, die sich im Kantonsspital stellen, der Hinweis der Regierung, dass sie nicht zuständig sei, wie eine faule Ausrede tönt. Privatisierung in diesem Zusammenhang ist ja eh ein Witz, wenn die ganze Deckung des Defizits einer formal privatrechtlich organisierten AG durch den Staat erfolgt, dieser Staat aber nichts zu sagen haben soll.

Es wird in dieser Diskussion immer so getan, als wirtschaftete das Kantonsspital viel schlechter als die private Andreaklinik. Dabei wird bewusst übersehen, welche gemeinwirtschaftlichen Leistungen im Kantonsspital tagtäglich erbracht werden. Ich denke nur an die Notfallstation, wo 80% aller Notfälle im Kanton Zug behandelt werden – und zwar rund um die Uhr, und ich denke auch an die kostspielige Intensivstation, die es in der Andreaklinik eben gerade nicht gibt.

BULLETIN: Die Finanzierung des Gesundheitswesens ist offensichtlich einer der grossen Streitpunkte in den nächsten Jahren?

Hanspeter Uster: Ja! Und vor allem ist es ein sehr reales Problem für Leute mit

kleineren und mittleren Einkommen – die Mehrheit der Bevölkerung! Deshalb werden wir als Kanton nicht darum herumkommen, die Frage der Prämienverbilligung so zu regeln, dass letztlich nicht die Mehrheit unserer Bevölkerung die Zeche zahlen muss. Der Entscheid des Kantonsrates im letzten Dezember, etwas mehr Geld zu sprechen, dürfte angesichts des für 2003 zu erwartenden Prämien Schubes nicht ausreichen. Hier sind wir als Linke besonders gefordert, Druck zu machen, zum Beispiel mit einer Initiative. Es kann ja nicht sein, dass eine Familie mit drei Kindern und durchschnittlichem Haushaltseinkommen wegen der Krankenkassenprämie in Richtung Armut abgleitet.

Ein zweiter Aspekt ist zu beachten: Die Kantone beklagen den Entscheid des Eidgenössischen Versicherungsgerichtes, der sie verpflichtet, für zusatzversicherte Patienten ebenfalls Beiträge zu leisten. Auch wenn das eine Belastung des kantonalen Budgets bedeutet, führt diese Entwicklung aber immerhin dazu, dass das Gesundheitswesen mit diesem Entscheid vermehrt über die Steuern und etwas weniger über die unsozialen Kopfprämien finanziert wird. Das ist richtig und wichtig, denn die Kopfprämien nehmen keine Rücksicht auf die Einkommensverhältnisse, während bei den direkten Steuern genau das passiert.

BULLETIN: Apropos Steuern: Eine der beiden wirklich wichtigen kantonalen Ab-



stimmungen in dieser Legislaturperiode hat die SGA diskussionslos und deutlich verloren: Das neue Steuergesetz ist seit 1.1.2001 in Kraft. Wie schätzt du die Auswirkungen dieses Volksentscheides ein?

Hanspeter Uster: Der Rechnungsüberschuss 2001 von fast 49 Millionen Franken – ein Rekordergebnis – zeigt, dass der Finanzplatz Zug vor allem für juristische Personen nochmals attraktiver geworden ist. Die Steuersenkungen haben gesamthaft nicht einmal im ersten Jahr zu einer Einnahmeverringerung geführt. Mehr noch: Der Trend, den der damalige Steuerpräsident bezüglich Wachstum bei den juristischen Personen – nicht gerade zur Freude der Regierung – öffentlich vorausgesagt hatte, tritt nun voll ein.

Das verschärft unsere Probleme im Kanton in zwei Bereichen enorm: einerseits bei der Raum- und Verkehrsplanung, andererseits beim neuen Finanzausgleich (NFA).

«Der Verkehrsdruck kann nur mit einem raschen und konsequenten Bau der 2. Etappe der Stadtbahn einigermaßen vernünftig aufgefangen werden.»

BULLETIN: Was heisst dies konkret?

Hanspeter Uster: Der Siedlungsdruck wird noch stärker, die Pendlerströme wachsen weiter, denn der Kanton Zug wird immer mehr zum Ort, wo sich auch Gutverdienende das Wohnen nicht leisten können respektive keine Wohnung finden. Wird das SIEMENS-Areal so wie im vorliegenden Sondernutzungsplan vorgesehen entwickelt, bricht das Verkehrssystem zusammen. Vor allem mit dem weit überproportionalen Anteil an Arbeitsplätzen gegenüber Wohnungen (11'000 Arbeitsplätze, 2100 Wohnungen) wird die geplante Nordzufahrt den Zuwachs niemals bewältigen können.

BULLETIN: Was natürlich die Strassenbauer aus dem bürgerlichen Lager dazu

veranlassen wird, noch lauter nach der Verlängerung der General-Guisanstrasse zu schreien!

Hanspeter Uster: Ja, tatsächlich. Ich höre schon, wie mit diesem Argument noch mehr Strassen gefordert werden. Der Druck kann aber nur mit einem raschen und konsequenten Bau der 2. Etappe der Stadtbahn einigermaßen vernünftig aufgefangen werden – ausser es erfolgt noch eine tiefgreifende Änderung der raumplanerischen Rahmenbedingungen, was sich aber im Moment nicht abzeichnet.

Selbst die voll ausgebaute Stadtbahn ist aber nur Symptombekämpfung; gerade in der Raumplanungsdiskussion müssen wir uns endlich darauf besinnen, dass unbeschränktes Wachstum letztlich die Grundlage der Lebensqualität im Kanton Zug zerstören würde.

Das wird auch die grosse Debatte in der Richtplanung zu Beginn der nächsten Legislatur sein – dazu ist eine starke Vertretung der Alternativen und der übrigen Linken in allen Gremien zwingend nötig. Es geht wirklich um viel bei den kommenden Wahlen. Hier zeigt sich übrigens sehr schön, dass grüne Themen auch soziale Themen sind. Für Zug ist das zwar keine neue Erkenntnis, da wir Alternativen schon immer beide Gesichtspunkte – zusammen mit dem Aspekt der internationalen Solidarität im Zusammenhang mit dem Finanzplatz – gleichberechtigt miteinander verbunden haben. Gerade das macht ja auch unsere Stärke aus.

«Der Kanton Zug als reichster Kanton des reichsten Landes der Welt muss einen substantiellen Beitrag an den Neuen Finanzausgleich leisten.»

BULLETIN: Als zweiten Problemkreis hast du den Neuen Finanzausgleich genannt. Da hast du wohl auch ein Problem mit dem Kollegialitätsprinzip?

Hanspeter Uster: Es geht. Zu meiner Rolle als Landammann gehört es, die Auf-



Grosses Medieninteresse als Landammann Hanspeter Uster am 4. März bekannt gab, sich im Herbst 2002 für die Wiederwahl zu stellen.

fassung der Regierung zu vertreten, sonst hätte ich dieses Amt nicht antreten dürfen. Ich habe in dieser Frage schon in meiner Landammann-Antrittsrede im Kantonsrat gesagt – und es auch schon öfters wiederholt – dass der Kanton Zug als reichster Kanton des reichsten Landes der Welt einen substantiellen Beitrag an den NFA und damit für die eidgenössische Solidarität leisten muss. Wie will SVP-Nationalrat Marcel Scherer – der sich so heroisch und medienwirksam gegen den NFA wenden will – mit dem armen Kanton Zug argumentieren, der sich die zusätzlichen 70 bis 110 Millionen nicht leisten könne, wenn gleichzeitig ein solcher Überschuss da ist, nota bene nach einer faktischen Steuersenkung, verursacht durch das neue Steuergesetz? Und dann fährt die SVP ja im Moment eine Kampagne, wie wenn der Stand Zug kurz vor dem Bankrott stünde. Die Finanzdirektorin hat zu Recht diese unwahre und Unsicherheit verbreitende Propaganda der SVP im Namen des Regierungsrates deutlich kritisiert.

Auch eine Steuersenkung – worauf die SVP-Politik ja letztlich hinausläuft – würde im Neuen Finanzausgleich angerechnet, denn entscheidend ist nicht das tatsächlich erreichte Steuersubstrat, sondern jenes, das bei Ausschöpfung des kantonalen Steuerpotentials erreicht werden könnte, korrigiert um gewisse

Faktoren wie beispielsweise das Holdingprivileg. Genau darum geht übrigens auch die Diskussion beim sogenannten Korrekturfaktor Beta, und darauf legen wir als Regierungsrat ja auch ein Hauptgewicht unserer Argumentation zum NFA.

Wir werden zudem vom Bund sehr genau beobachtet, und den Fachleuten in Bern bleibt natürlich nicht verborgen, dass alle Zuger Gemeinden in den letzten Jahren ihre Steuerfüsse teils stark gesenkt haben und einige es weiterhin tun können. Sie müssen sogar – dafür sorgt die Konstruktion unseres innerkantonalen Finanzausgleichs.

BULLETIN: Diese Konstruktion ist doch schon seit längerem reformbedürftig?

Hanspeter Uster: Auch dieses Problem hat die Regierung erkannt und wird kurzfristig dem Kantonsrat eine Gesetzesänderung beantragen, die jetzt bei den Gemeinden in einer Vernehmlassung ist. Steuern sind eben ein hochkomplexes System, das im Endeffekt viele Bereiche tangiert. Wer Steuern senkt, macht mehr, als die Steuerrechnung der natürlichen und juristischen Personen zu ändern.

Die Linke hat zwar bei der Steuergesetzrevision die Abstimmung klar verloren, aber ihre Argumentation bezüglich Folgen hat sich als völlig zutreffend erwiesen.

BULLETIN: In Anlehnung an die UNO-Abstimmung, wo die Schweiz nun in der Welt angekommen ist, könnte man vielleicht sagen, dass mit der Steuerfrage Zug in der Schweiz noch ankommen wird?

Hanspeter Uster: Historisch gesehen ist Zug schon 1352 in der Schweiz angekommen. Diesem Ereignis gedenken wir in diesem Sommer. Das wird auf würdige Art gelingen und wir werden versuchen, auch bei diesem Anlass Fragen der eidgenössischen Solidarität zu vertiefen.

«Die SGA sollte die Frage prüfen, ob wir nicht Beobachterstatus bei den Grünen beantragen wollen.»

BULLETIN: Und wann kommt die SGA in der Schweiz an? In der Linken ist ja doch einiges in Bewegung gekommen, die SP Schweiz versucht Tritt zu fassen, bei den Grünen ist mindestens national eine deutliche Akzentuierung nach links festzustellen – und die Grünen gewinnen wieder Wahlen, siehe Stadt Zürich.

Hanspeter Uster: Die SGA ist jetzt 16 Jahre alt und mit 16 wird man ja bekanntlich konfirmiert. Konfirmation ist ein Lebensabschnitt, wo es um die Prüfung des eigenen Glaubens geht. Dazu gehört auch die Frage, ob und wo wir uns gesamtschweizerisch formieren wollen und ob wir reif dazu sind.

Ich teile deine Einschätzung der Grünen, das zeigt ja auch das kürzlich erschienene NZZ-Rating der Nationalratsmitglieder, wo die Grünen deutlich nach links gerückt sind. Es gibt auch eine Reihe von national profilierten Figuren, die das verkörpern – ich denke an Monika Stocker, an Cécile Bühlmann, an Pia Hollenstein oder in der Romandie an den GP-Kopräsidenten Patrice Mugny.

Wir sollten die Frage prüfen, ob wir nicht Beobachterstatus bei den Grünen beantragen wollen. Wir müssen aber die beiden Leute zuerst finden, die den Status nachher auch wahrnehmen und jeweils nach Bern reisen, uns also fragen, ob wir die Ressourcen dafür haben. Am besten diskutieren wir das nach den Wahlen 2002, im Moment müssen diese im Zentrum stehen.

Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass wir schon immer die nationale Zusammenarbeit bei bestimmten Sachfragen pflegten und sich Einzelne in nationalen Gruppen engagieren. Bekanntestes Beispiel ist sicher Jo Langs Engagement in der GSoA; andere Bereiche sind die Energiefrage (Strommarktreferendum), um Verkehr, die Antiglobalisierungsbewegung, um nur die wichtigsten zu nennen. Und nicht zu vergessen ist auch, dass wir gute Kontakte zur SPS und in die SP-Fraktion im Bundeshaus pflegen – ich werde mich demnächst mit dem SPS-Generalsekretär Reto Gamma – auf seine Anregung hin – zum Kaffee treffen.



BULLETIN: Womit wir bei der Ausgangssituation für die Gesamterneuerungswahlen im kommenden Herbst sind – wie sieht Deine Einschätzung aus?

Hanspeter Uster: Ich nehme bei uns eine Aufbruchstimmung wahr, die ich letztmals in ähnlicher Form 1990 gespürt habe. Dass es in der Stadt im Frühling 2002 mit der Abstimmung zur Bruibachbrücke letztlich um die genau gleiche Frage ging wie 1990 mit unserer erfolgreichen und historischen Grünflächeninitiative, ist wohl kein Zufall. Die Fraktion SGA/Parteilose hat im Zuger Gemeinderat sehr gut gearbeitet, strahlt viel Dynamik und Freude an der Politik aus und hat im Fall der Bruibachbrücke auch politischen Instinkt bewiesen. Und mit Marianne Zehnder hat die GGR-Fraktion eine Stadtratskandidatin portiert, die mit ihrer Ausstrahlung und ihrem in kurzer Zeit erworbenen Leistungsausweis genau das verkörpert.

«Ohne die Alternative Fraktion würden die letzten vier Jahre in der kantonalen Zuger Politik in einigen Bereichen anders aussehen.»

Im Kantonsrat hat sich die Alternative Fraktion unbestritten als konsequente, kompetente und je nachdem auch konsensfähige Opposition etabliert. Ohne die Alternative Fraktion würden die letzten vier Jahre in der kantonalen Zuger Politik in einigen Bereichen anders aussehen. Das beste aktuelle Beispiel dafür liefert das von der AF initiierte Referendum gegen die neuen Ladenöffnungszeiten, wo die Unterschriftensammlung sehr gut läuft. Die mehrheitliche Zustimmung der SP im Kantonsrat zum Gesetz und die Nicht-Unterstützung des Referendums sind für mich schwer nachvollziehbar.

Ich bin zuversichtlich für uns, auch für die Regierungsratswahlen. Gerade dort braucht es aber nicht nur die Alternati-

ven, sondern auch eine entschlossene SP mit Profil, um beide Sitze zu verteidigen.

BULLETIN: Das alles kann nicht darüber hinweg täuschen, dass die Personaldecke der SGA dünn ist – ich bin mir nicht sicher, wann wir die Lücke, die Dein Rücktritt aus dem Vorstand hinterlässt, schliessen können!

Hanspeter Uster: Wir müssen mit einem Widerspruch umgehen: Es gibt viele Menschen, die unsere Politik gut finden und das regelmässig bei Wahlen honorieren. Andererseits haben wir das Problem, dass bei einigen Leuten der Irrglaube herrscht, wir seien eine Kaderpartei, in der nur politisieren könne, wer bereit sei, aus der Politik einen Halbtagesjob zu machen. Es gibt in der SGA niemanden mehr, der solche Ansprüche stellt. Auch ein Mandat im GGR oder Kantonsrat ist durch die gute Fraktionszusammenarbeit zeitlich machbar, und bereit – das höre ich auch von neuen Mitgliedern – viel Spass. Und vielleicht noch wichtiger: Die gesamte Kultur im Umgang untereinander hat sich in den letzten Jahren gewaltig verbessert; das ist gerade auch nach dem 27. September deutlich geworden. Ich spüre heute wirklich einen engeren Zusammenhalt.

Alle, die unsere Politik unterstützen wollen, möchte ich ermuntern, uns auch mit einer Kandidatur zu stärken. Ich kann allen versichern, dass sie nicht von Kindern, Familie und Freizeit Abschied nehmen und ins fürchterlich anstrengende Exil eines Gemeinderates oder Kantonsrates gehen müssen!

Das Gleiche gilt für das Engagement in der SGA selber. Wir sind um jedes Mitglied froh. Und jedes Mitglied bestimmt selber, wie viel und auf welchen Fragen es etwas machen will, sei dies nun parlamentarisch oder ausserparlamentarisch. Und wenn es nur zehn neue Leute sind, entlastet das die andern und stärkt die SGA. Die gleichen Überlegungen gelten für alle alternativen Gruppierungen. ■

Jetzt oder nie



Immer wieder – Demonstration gegen die Initiative «Recht auf Leben» (1985).

Wenn am 2. Juni über die Fristenregelung abgestimmt wird, soll auch in Zug ein kräftiges Ja resultieren. Dies ist das Ziel des Zuger Regionalkomitees, das anfangs Jahr gegründet wurde.

Von OFRA Zug*
Bild OFRA-Buch «Frauen machen Geschichte»

Das Parlament hat im März 2001 der Fristenregelung zugestimmt. Sie sieht eine ausgewogene, vernünftige Regelung für einen straffreien, eigenverantwortlichen Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten 12 Wochen vor. Frauen und Paare sollen während der ersten zwölf Wochen selber über eine Schwangerschaft entscheiden können. Nur sie müssen mit dem Entscheid leben. Elternschaft ist eine grosse und entscheidende Verantwortung. Sie muss mit Freude übernommen werden können.

Gesetz und Praxis klaffen auseinander

Oft lassen mehrere Ursachen zusammen Schwangerschaftskonflikte entstehen: Eine brüchige Beziehung, schwierige Lebenssituationen, Zweifel an der eigenen Eignung als Mutter, finanzielle Sorgen, Zukunftsängste und Überforderung durch Mehrfachbelastungen oder

durch bereits geborene Kinder, junges oder fortgeschrittenes Alter. Frauen in Notlagen werden mit der Annahme der Fristenregelung nicht länger kriminalisiert. Die Rechtsungleichheit zwischen Gesetz und Praxis führt für schwangere Frauen und behandelnde ÄrztInnen zu grossen Rechtsunsicherheiten. Die letzte Verurteilung war im Jahr 1988. Das Gesetz wird den heutigen Ansichten und Lebenssituationen nicht mehr gerecht. Niemand will heute Frauen wegen eines Abbruchs bestrafen. Ein Gesetz, das aber kaum jemand mehr im ursprünglichen Sinne durchzusetzen gewillt ist, wird zur Farce und Heuchelei. Gesetze, die nicht mehr beachtet werden, schaden dem Rechtsstaat. Die meisten europäischen Länder haben seit über zwanzig Jahren eine Fristenregelung.

Als Ausweg in der Not

Die Fristenregelung würde für alle Frauen eine einheitliche, klare Situation schaffen und die Kantone verpflichten, Einrichtungen zu bezeichnen, die Abbrüche durchführen. Der Arzt/die Ärztin ist verpflichtet, die Schwangere eingehend zu beraten und zu informieren und sie auf spezialisierte Beratungsstellen hinzuweisen. Niemand befürwortet leichtfertige Schwangerschaftsabbrüche, aber für Notlagen muss dieser Weg offen stehen. Aus diesen Gründen

unterstützen der Bundesrat, die klare Mehrheit des Parlamentes sowie 44 gesamtschweizerische Parteien und Organisationen die Fristenregelung.

Ebenfalls am 2. Juni kommt die eidgenössische Volksinitiative «Mutter und Kind» zur Abstimmung. Hinter dem unverfänglichen Titel versteckt sich eine Abtreibungsverbots-Initiative. Nicht einmal eine Schwangerschaft wegen einer Vergewaltigung dürfte abgebrochen werden. Dieser heuchlerischen Initiative muss eine klare Absage erteilt werden.

Zuger Komitee «JA zur Fristenregelung»

Neben mehr als 30 Zuger Persönlichkeiten aus Politik und Fachbereichen unterstützen folgende Organisationen und Parteien das Zuger Komitee: Fachgruppe Gynäkologie Kanton Zug, Freie Wähler Menzingen, FDP Kanton Zug, Frische Brise Steinhausen, Gruppe Frauengesundheitszentrum Zug, Organisation für die Sache der Frau (OFRA) Zug, SP Kanton Zug, SGA Kanton Zug.

Mit Inseraten, Leserbriefen, Flugblatt und Plakataktionen will das Komitee für ein «Ja zur Fristenregelung» werben. ■

Infos: zg-ja@fristenregelung.ch oder telefonisch bei Daniela Colonnelli, 041 / 711 72 37. Nationale Infos: www.fristenregelung.ch

* OFRA Zug, Postfach 4649, 6304 Zug

Asylpolitik – wen kümmerts noch?

Auch politische Themen haben bekanntlich Konjunktur und Flauten. So auch die Fragen um das Asylgesetz, die Asylpolitik und um deren Anwendung durch die Kantone. Was vor zehn Jahren noch zu politischen Kämpfen führte, wird heute als Courant normal gehandelt.

**Von Doris Angst Yilmaz,
Co-Präsidentin Asylbrücke Zug
Bild Brigitte Weiss**

Eine erneute Version des Asylgesetzes ist in der parlamentarischen Pipeline. Im Nationalrat, so die Prognose, wird dies wohl kaum zu intensiven Debatten führen. Auch in den Kantonen ist das Stichwort Asyl kaum mehr Anlass für heikle Fragen an die Regierungsräte. Scheinbar haben die Behörden alles im Griff. Sogar die Kriminalität, für welche Asylsuchende in den letzten Jahren bevorzugt herhalten mussten, hat insgesamt wieder abgenommen.

Nur noch nur die extreme Rechte glaubt weiterhin, mit den ewig gleichen Parolen von den «Armut- und Wirtschaftsflüchtlingen», die sich auf unsere Kosten bereichern wollten, sei Politik zu machen. Dabei muss man sich immer vor Augen halten, dass die gesamte Zahl registrierter Asylsuchender heute 93'000 beträgt gegenüber rund 1,2 Millionen anwesender Ausländerinnen und Ausländer insgesamt. Trotzdem hat die von rechts unermüdlich angeheizte Diskussion über die «Ausländerkrimina-

lität» und den sogenannten «Asylrechtsmissbrauch» auch Eingang ins revidierte Ausländergesetz gefunden, das in dieser Session im Parlament diskutiert wird. Dabei wird gerade dieses Gesetz, das die Immigrationshürde für alle Personen, die nicht aus dem EU- und EFTA-Raum stammen, stark hinaufsetzt, dazu führen, dass noch mehr Menschen eine Einwanderung in die Schweiz via Asylgesuch versuchen. Was bleibt ihnen auch anderes übrig? Das gilt auch für das im Gesetzesentwurf breit abgehandelte Thema «Scheinehen». Ein behördliches Einschreiten gegen eine sogenannte «Scheinehe», welches den intimen Bereich eines Paares berührt, müsste sich, wie seinerzeit das Konkubinatsverbot, geradezu auf Denunziation begründen. Mit dem neuen Ausländergesetz ist ein eigentliches Zweiklassenrecht für Ausländerinnen und Ausländer im Entstehen, das schon von seiner Anlage her massive Diskriminierungen enthält.

Unkontrollierbare Machtfülle

Im Asylwesen hat die Kantonalisierung des gesamten Vollzugs den Kantonen eine grosse Machtfülle verliehen, die vom Bund, welcher Pauschalzahlungen an die Kantone ausrichtet, im Fürsorgewesen nur wenig kontrolliert wird. Asylsuchende sind unter anderem fürsorgeabhängig, weil ihnen der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt oder zumindest erschwert wird und sie sich nicht selber ein Einkommen sichern können. Im Kanton Zug dauert die Zeit, bis eine erste Arbeitsbewilligung erteilt wird, ein bis zwei Jahre. Teilweise wird die Durchführung der fürsorgeri-

schen Aufgaben im Asylwesen von den Kantonen den Hilfswerken, aber auch privaten Firmen übertragen – letzteres mit oft verheerenden Auswirkungen auf die Asylsuchenden, da nicht die Menschlichkeit und die humanitären Anliegen, sondern der Ausweis der Effizienz und der Kostenminderung im Vordergrund stehen. In diesem System werden auch die Hilfswerke, die nun mit dem Geld vom Bund im Auftrag der Kantone handeln, eingebunden, und unabhängiges Handeln für die Asylsuchenden wird ihnen erschwert.

Der Vollzug im Asylwesen spielt sich also in einem fast geschlossenen Raum ab, wo wenig Supervision und rechtsstaatliche Kontrollmechanismen bestehen. Zudem verfügen Asylsuchende nur über eine sehr kleine Lobby. Umso leichter fällt es den Behörden, sie fast gänzlich von Kontakten mit Einheimischen abzuschotten. Eine Kontrolle der Gewährung der Menschenrechte und der bürgerlichen und sozialen Rechte, zu denen sich die Schweiz in internationalen Abkommen verpflichtet hat, ist in 26 unterschiedlich gestalteten kantonalen Regelwerken somit eher schwierig. Ist es zulässig, dass es im fürsorgerischen Vollzug keine schriftlichen Abrechnungen und bei Sanktionen keine schriftlichen Verfügungen gibt, was die Möglichkeiten für einen Rekurs gegen als ungerecht empfundene Strafen erschwert. Ist es zulässig, dass Streitfälle in Asylunterkünften direkt einen negativen Einfluss auf das Verfahren einer Person haben können und diese mit einer Zwangsauslieferung rechnen muss?

Unabhängige, anwaltschaftliche NGO

Als dritte Instanz bleiben in dieser Konstellation nur unabhängige private Aktiven und Vereine, die über wenig Einfluss verfügen. Immerhin gab es in den letzten Fällen einige eklatante Fälle zu verzeichnen, die an die Öffentlichkeit getragen

Verein Asylbrücke Zug

Sekretariat: Postfach 4805, 6304 Zug, Tel.: 041 / 710 09 44; Fax: 041 / 710 28 62
info@asylbruecke.ch / www.asylbruecke.ch

Anmeldung für Deutschkurse, Begleitung, Beratung, Vermittlung beim Sekretariat.

Rechtsdienst: Hansjörg Trüb. Bürozeiten Montag 14.00 bis 20.00. Beratung nur nach telefonischer Vereinbarung unter Tel./Fax: 041 / 781 13 60.



«Ausländer-Initiativen» der SVP: An der Urne jeweils abgelehnt, bereitet das Parlament dennoch ein neues Ausländergesetz vor, welches die harte Linie der SVP integriert.

wurden: so zum Beispiel der Falle eines im Kanton Zürich wohnhaften Asylsuchenden, der unter Androhung einer hohen Haftstrafe aus der Stadt Zürich ausgegrenzt wurde, führte zu Kommentaren in der Presse, die von einem Zweiklassenrecht sprachen, da eine gleichartige Verurteilung bei einer Schweizer Person undenkbar wäre. Zudem fördere dieses Urteil die Wahrnehmung einer sogenannten «Ausländerkriminalität».

Sich im Kreise drehen

Seit 1996 ist die Asylbrücke Zug stetig zu Gunsten von Asylsuchenden tätig. Sie bietet Rechtsberatung im Verfahren und für Streitfälle im fürsorgerischen Vollzug an. Sie organisiert individuelle Deutschkurse; sie berät, begleitet und vermittelt bei sozialen und psychischen Problemen. Und sie organisiert im Sinne

der Öffentlichkeitsarbeit den Flüchtlingstag im Kanton Zug.

Die aktiven Mitglieder der Asylbrücke Zug sehen sich mit wiederkehrenden Fragen konfrontiert. Stetig dreht sich das Karussell neu Ankommender, Weggewiesener. Immer wieder neu stellt sich jedem Einzelnen und jeder Einzelnen die Frage nach dem Verfahren, nach der Angemessenheit der ihnen gegenüber getroffenen fürsorgerischen Massnahmen. Erschwerend ist, dass es – so lange das Verfahren nicht geklärt und der Verbleib nicht gesichert ist – keine Zukunfts- und Integrationsperspektive in der Schweiz gibt. Dies ist für die Asylsuchenden, aber auch für uns oft schwer erträglich. Damit hängt wohl auch die gewisse «Unattraktivität» unserer Aufgabe zusammen. Dennoch ist sie nötig und sinnvoll. Immer wieder und in wechselnder «Belegschaft» nehmen auch Asylsuchende, die

eine gute Ausbildung genossen haben und über einige Sprachkenntnisse verfügen, selber eine Vermittlerfunktion zugunsten ihrer Landsleute wahr.

Wo bleiben die Parteien?

Die aktiven Vereinsmitglieder der Asylbrücke erfüllen ihre Aufgaben alle samt und sonders ehrenamtlich. Unsere Kräfte schwinden, da der Einsatz seit vielen Jahren von den gleichen Personen geleistet wird. Ansonsten ist es merkwürdig still um diese Themen im Kanton Zug. Oft fühlen wir uns von den anderen politisch Engagierten im Stich gelassen. Der Asylbrücke Zug wird eine Alibi-Position zugeschoben: Da es uns ja gibt, braucht es kein weiteres Engagement.

Ein Ombudsmann für Asyl-Fragen?

Wo aber bleibt der politische Blick der Parteien auch auf dieses Gebiet? Wir kommen nicht um den Schluss herum, dass eben Asylsuchende sowie Ausländerinnen und Ausländer insgesamt eine zu vernachlässigende Grösse sind, auch im Wahljahr. Vieles im Asylwesen, so darf man festhalten, hat sich in Routineabläufen etabliert. Vieles wird von den Behörden heute professionell geleistet, was noch zu Anfang der neunziger Jahre im Trial-and-Error-Verfahren getestet wurde. Dennoch halten wir an der Prämisse fest, dass – wie überall im Rechtsstaat – auch im Asylwesen eine unabhängige Instanz eine öffentliche Kontrolle ausüben muss. Ein kantonaler Ombudsmann wäre hier eine gute Sache. Wir setzen diesbezüglich viele Hoffnungen auf die neue kantonale Anlaufstelle gegen Rassismus, die unbedingt auch Asylsuchenden zugänglich gemacht werden muss.

Zu wünschen ist also, dass das Thema Asylpolitik nicht von der Agenda verschwindet – nicht von jener der Parteien und nicht von jener einer ausserparlamentarischen Opposition. ■

Autofreies Wohnen in Zug

Wieviel Wohnen und nachhaltige Mobilität miteinander zu tun haben, veranschaulichte Adrian Arquisch den Teilnehmenden eines Workshops, zu dem die Fraktion SGA/Parteilose kürzlich eingeladen hat. Arquisch studierte an der Fachhochschule in Rapperswil Raumplanung und widmete seine Diplomarbeit dem Thema Wohnen ohne Auto. Anhand vier übersichtlich gestalteter Tafeln präsentierte er seine Abschlussarbeit.

Von Marianne Zehnder, Fraktionschefin SGA/Parteilose des Grossen Gemeinderats der Stadt Zug
Bild Arlene Wytenbach

Wohnen ohne Auto! Treffender müsste es eigentlich heissen: Wohnen ohne «eigenes» Auto, denn auch in autofreien Siedlungen werden pro Wohnung 0,1 bis

0,2 Parkplätze für Car-Sharing oder für Autos von behinderten Personen gebaut. Im Gegensatz dazu stehen die autoarmen Siedlungen, wo 0,5 Parkplätze pro Wohnung geplant werden oder die «normalen» Siedlungen, wo laut geltendem Parkplatzreglement in Zug pro 100 m² Wohnfläche 1 Parkplatz erstellt werden muss.

Ab 150 Wohnungen realisierbar

Damit die Vorteile einer autofreien Wohnsiedlung voll zum Tragen kommen, sollten mindestens 150 Wohneinheiten gebaut werden – die ideale Zahl liegt bei 500 Wohnungen. Die wichtigsten Voraussetzungen sind neben der Verfügbarkeit des Baulandes eine optimale Anbindung an den öffentlichen Verkehr, eine gute Radweganbindung sowie Schulen, Läden und Naherholungsgebiete in der Nähe. Wichtig ist natürlich auch, dass keine Vorbelastungen durch Luft- und Lärmemissionen bestehen.

Die bestechenden Vorteile einer autofreien Siedlung

Für BewohnerInnen:

- Hohe Wohnqualität: weniger Lärm, überdurchschnittlich grosser, attraktiver Aussenraum.
- Sicherheit für Kinder beim Spielen. Soziale Kontakte werden erleichtert.
- Reduzierte Miete, da die Kosten für Parkplätze und Garagen wegfallen.

Für Stadt und öffentlichen Verkehr:

- Personen ohne Auto beanspruchen weniger Strassen (20 Mal weniger im Bus oder auf dem Velo, 200 Mal weniger als Fussgängerinnen und Fussgänger).
- Bewohnerinnen und Bewohner sind sehr interessiert an der Förderung des öffentlichen Verkehrs. Die Bus- und Bahnlinien werden besser ausgelastet. Die Verdichtung des Fahrplans wird schneller möglich.
- Die Stadt kann sich mit innovativen Lösungen für Mobilitätsprobleme profilieren.



Am gut besuchten Workshop «Nachhaltiger Verkehr» der Fraktion SGA/Parteilose wurde die «IG-WoA» lanciert.

Für das Gewerbe:

- Autofreie Haushalte kaufen in der Nähe ein.
- Je grösser der Anteil autofreier Haushalte, desto niedriger die Erstellungskosten für Parkplätze auch für das Gewerbe.

Schweiz noch ohne autofreie Siedlungen

Autofreie Siedlungen sind in der Schweiz bis heute keine realisiert. Am weitesten Fortgeschritten ist die Planung in Bern mit dem Projekt der IG autofreies Viererfeld. Auf einem grossen Areal im Nordosten der Stadt, wo ursprünglich die Erweiterung der Uni ge-

Bruibachbrücke bachab geschickt

stu. Betretenes Schweigen bei den Bürgerlichen, lange Gesichter bei der SP-Spitze – mit einem angesichts der Konstellation FDP/CVP/SVP/SP gegen SGA/Parteilose mehr als deutlichen Nein zur Bruibachbrücke machten die Stadtzugerinnen und Stadtzuger klar, dass der Grüngürtel zwischen Zug und Oberwil grün bleiben soll. Dem kleinen Giminenquartier wird keine unerwünschte, lastwagengängige Erschliessungstrasse aufgezwungen. Der Weg ist frei für die von der Fraktion SGA/Parteilose schon lange geforderte sanfte Erschliessung, welche auch die Möglichkeiten der kommenden Stadtbahnhaltestelle Fridbach nutzt.

Der konsequente Einsatz der Fraktion hat sich gelohnt. Was Marianne Zehnder in ihrem Votum im GGR schon anlässlich des Projektierungskredites forderte und mit einem Postulat gleich nach dem Abstimmungssieg auf die Tagesordnung gesetzt hat, dürfte jetzt weitgehend umgesetzt werden. Nachzulesen auf www.ggr.ch

plant war, besteht nun die Chance, eine Siedlung für rund 800 Wohnungen zu realisieren. Viel Arbeit steht noch an, so muss unter anderem das Land zuerst umgezont werden, was natürlich eine Volksabstimmung bedingt. Ziel ist es, die Siedlung bis 2006 zu realisieren.

Gruppe «Wohnen ohne Auto» für Zug

Im Anschluss an das Referat sammelten sich vier Interessierte um Adrian Arquisch. Sie diskutierten erste Ideen zur Realisierung einer autofreien Siedlung in Zug. Die Gruppe war sich schnell einig, dass der Markt für eine solche Siedlung sicher auch in Zug vorhanden ist, wenngleich sich einige auch dahingehend äusserten, das man sich nicht nur auf die Stadt begrenzen sollte. Dies müsste der Stadt Zug, den General-Unternehmern und privaten Landbesitzern bewusst gemacht werden. Wie in Bern, bietet es sich darum auch in Zug an, einen Verein zu gründen, welcher einerseits als Plattform für Interessierte dient und andererseits Informationsveranstaltungen für die potentiellen Bauherren durchführen kann: die Interessengemeinschaft «WoA» («Wohnen ohne Auto»). Nachdem es sich in den letzten Jahren gezeigt hat, wie schwer sich die politischen Gremien tun, wenn es sich um das Thema kostengünstiger Wohnungsbau dreht, scheint ein Vorgehen zum Beispiel mittels Volksinitiative zu wenig aussichtsreich.

Die Zeit im Workshop war knapp bemessen, aber die Gruppe «WoA» will das Ziel weiter verfolgen. Ein erster Termin wurde vereinbart und die Gruppe hat sich Mitte März nun bereits ein erstes Mal getroffen. ■

Wer Interesse hat, aktiv bei der IG «WoA» mitzuarbeiten, meldet sich bitte bei: Marianne Zehnder, General-Guisan-Strasse 26, 6300 Zug, Tel 041 712 25 29, mz@bio-plus.ch

Zehnder kandidiert



Marianne Zehnder, SGA/Parteilose Zug.

sga. Am 14. März 2002 hat die Fraktion SGA/Parteilose ihre Fraktionschefin Marianne Zehnder als Kandidatin für die Stadtratswahlen zuhanden der Nominationsversammlung der SGA vom 26. April portiert.

Die 46-jährige Marianne Zehnder ist Mutter von zwei erwachsenen Töchtern. Sie geniesst mit ihrer kompetenten, sachbezogenen Art über die Parteigrenzen hinaus Respekt. Als Key Account Managerin in einem Bio-Grosshandelsunternehmen verfügt sie über die nötige Führungserfahrung für ein Exekutivamt.

Marianne Zehnder hat mit ihrem Engagement gegen die Bruibachbrücke bewiesen, dass sie sachlich, aber bestimmt politisiert – und das mit grossem Erfolg!

Monika Stocker an der SGA-Nominationsversammlung!

Die grüne Stadträtin von Zürich, Monika Stocker, wird an der Nominationsversammlung vom 26. April (siehe auch Veranstaltungskalender auf Seite 27) über die erfolgreiche Wahlkampagne der Stadtzürcher Grünen berichten.

Marianne Zehnder wird die zentralen Inhalte vorstellen, die sie mit ihrer Kandidatur für den Zuger Stadtrat vorbringen will. ■

Freiraum schaffen

Der Bau eines neuen Zentralspitals scheint in absehbarer Zeit Tatsache zu werden. Damit wird die Liegenschaft des Kantonsspitals an der Artherstrasse in Zug frei und kann einer neuen Nutzung zugeführt werden. BULLETIN-Leser Hubert Baumgartner hat sich dazu Gedanken gemacht.

**Von Hubert Baumgartner, Zug
Bilder Hubert Baumgartner**

Es ist sinnvoll, dass die Diskussion über die Zukunft dieses prominent gelegenen Ortes rechtzeitig begonnen und umfassend geführt wird. In diesem Sinn hat die SVP-Fraktion des Grossen Gemeinderates der Stadt Zug im Oktober 2001 eine Motion eingereicht, die den Stadtrat dazu auffordert, beim Kanton vorstellig zu werden und sich dafür einzusetzen, dass im Kantonsspital zukünftig «für alle Einkommens- und Vermögensverhältnisse qualitativ guter Wohnraum» geschaffen wird. Bravo!

Schon im Sommer hat die «Zuger Presse» eine Leserumfrage zur Zukunft des Spitals gemacht. Bei dieser Gelegenheit habe ich erstmals meine Gedanken zu dieser Frage formuliert. Ich tue dies nun ein weiteres Mal, in der Hoffnung, dass meine Ideen in der BulletinleserInnenschaft einen fruchtbaren Boden finden, durch Ideen, Erfahrungen und Wissen von anderen Menschen bereichert werden und zu einem Projekt gerinnen, das in der absehbaren politischen Debatte ernst genommen wird. Da viele Zugerinnen und Zuger starke emotionale Bindungen zu diesem Ort haben, bleibt die Anlage, die Architekturdokumente aus anderthalb Jahrhunderten enthält, weitgehend erhalten und die Gebäude werden für weitere dreissig Jahre fit gemacht. Für den Erhalt spricht auch die Tatsache, dass die Liegenschaft jetzt eine

Ausnutzungsziffer von fast 1 aufweist. Das heisst: auf einer Landfläche von 25400 m² finden 24750 m² anrechenbare (=beheizte) Geschossfläche Platz. Bei einem Abriss mit Neugestaltung als Arealbebauung kann nur noch mit einer Ausnutzungsziffer von 0.8 bis 0.9, je nach zukünftiger Zoneneinteilung, gerechnet werden.

Auf dreissig Jahre hinaus

Die bestehenden Gebäude sollen als Wohn- und Arbeitsräume umgenutzt werden. Zusätzlich sollen öffentliche Einrichtungen darin Platz finden. Die Liegenschaft wird nicht vom Kanton umgebaut, sondern zum Beispiel für die nächsten dreissig Jahre an eine Trägerschaft, die in der Bevölkerung abgestützt ist, vermietet. Sie übernimmt die Steuerungsfunktion in einem sozialen, politischen und auch ökonomischen Experiment: Sie vermietet einzelne Räume, ganze Etagen oder sogar ganze Gebäude an Einzelpersonen, Gruppierungen oder Unternehmen zur Nutzung für die nächsten dreissig Jahre. Investitionskosten für Um- und Ausbauten und deren



Das Personalhaus: Künftig Wohnraum für verschiedenste Bevölkerungsschichten. Aufgrund der Top-Lage ist auch die Teilnutzung als Hotel denkbar.

Amortisation liegen in der Verantwortung der jeweiligen Mieterschaft.

Etwas konkreter könnte das so aussehen: In den unterirdischen Lager- und Kellerräumen werden Musikgruppen ihre Übungsräume einrichten. Vielleicht entsteht noch ein kleines öffentliches Aufführungslokal. Weitere derartige Lokalitäten werden als Vereinsräume oder als Lager genutzt. Räume mit Tageslicht in den Unter- und Erdgeschossen werden gewerblich genutzt. Einige Teile wie z.B. die Gärtnerei, Physiotherapie, Werkstätten, können im ursprünglichen Sinn weitergenutzt werden. Auch die Küche und das Personalrestaurant behalten ihren Zweck und werden durch bauliche Anpassungen in ein öffentliches Restaurant mit Seesicht umgewandelt.

Büros, Ateliers, Läden

Weitere Räume, die entlang der Bahnlinie gelegen sind und von grösseren Immissionen betroffen sind, können als Büro-, Atelier- oder Verkaufsräumlichkeiten umgenutzt werden. Diese Räumlichkeiten werden von den Mieterinnen selber eingeteilt und für die jeweiligen Bedürfnisse eingerichtet. Ich bin überzeugt, dass in den Untersuchungszi-mern, Laborräumen, Operationssälen ein befruchtendes Arbeitsumfeld geschaffen werden kann. Im kleinen Rahmen passiert das schon im Spital Baar und in anderen umgenutzten Bauten in der Region.

Eine weitere Kategorie von Räumen im Erdgeschoss steht für Beratungsstellen, Ambulatorium oder andere öffentliche Einrichtungen zur Verfügung. Auch ein Laden oder ein Ausstellungslokal ist vorstellbar.

Wohnen an bester Lage

Den volumenmässig grössten Teil bilden die verschiedenen Pflgetrakte. Die Räume an dieser privilegierten Lage sollen



Heute Kantonsspital, morgen ein Platz für Träume und Freiräume.

einer Nutzung als Wohnungen für verschiedenste Bevölkerungsgruppen zugeführt werden. Das könnte so anfangen.

Ein Konsortium übernimmt das ganze Personalhochhaus. Sie sanieren das Gebäude baulich und erweitern es im Rahmen der baugesetzlichen Möglichkeiten. In den obersten Etagen wird luxuriöser Wohnraum für eine finanzkräftige Mieterschaft eingerichtet. Für eine Gruppe von initiativen Senioren, die sich ihr Lebensumfeld optimal einrichten wollen, werden weitere Geschosse des Personalhauses nach deren spezifischen Bedürfnissen eingerichtet.

In den untersten Etagen findet auch noch das luxuriöse Hotel Platz, das von der guten Erschliessung mit Bus und Stadtbahn profitiert und über genügend Parkplätze im nächstgelegenen Parkhaus verfügt. Durch die Lage des Hochhauses als isolierter Baukörper können Immissionen der übrigen Arealnutzung klein gehalten werden und unterstützen damit den hohen Wert dieser Wohnlage mit grossartiger Aussicht.

Ich selber werde mit weiteren Leuten eine ganze Etage im südlichen Pflege-

trakt mieten. Da die Spitalzimmer sehr solide gebaut sind, können wir mit minimalsten Umbauten unsere Wohnräume in den bestehenden Spitalzimmern einrichten. Mit dem Einbau einer Sanitärzelle und eines Küchenelementes werden zwei Zimmer meine Wohnbedürfnisse perfekt befriedigen. Im rückseitig gelegenen Office richten wir vielleicht einen gemeinsamen Raum ein, während sich in weiteren Nebenräumen einzelne MitbewohnerInnen ihren Arbeitsplatz einrichten: Im Ausguss die Fotografin ihr Labor, in Dusche und Lagerraum der Masseur seine Praxis, und im Fernsehzimmer schreibt die Beraterin ihre Konzepte, die sie im ehemaligen Raucherzimmer ihrer Kundschaft präsentiert.

Platz für Träume

Für andere Lebensbedürfnisse und die entsprechenden Wohnformen, aber auch für weitere stille gewerbliche Nutzungen ist in den anderen Etagen und Trakten noch genügend Platz.

Die Grenzen der Nutzungsmöglichkeiten werden durch die Gesetze und

hauptsächlich durch einen reibungsarmen Betrieb gesetzt. Was mir interessant und wesentlich erscheint: Das Kantonsspital an seiner einmaligen Lage soll ein Freiraum bleiben, der auch für folgende Generationen Gestaltungs- und Nutzungsspielraum behält. In der Gegenwart bietet sich die Chance, verschiedene Bevölkerungsschichten und verschiedene Lebensformen an einem Ort zusammenzuführen. Diese integrative Funktion hat das Spital seit jeher erfüllt. Es ist ein schöner Gedanke, dieses Ideal in einer anderen Ausgestaltung an demselben Ort weiterzuführen. Der Region Zug würde ein derartiges Experiment mit Sicherheit wohl tun und könnte vielleicht eine Ausstrahlung in das soziale, kulturelle und hoffentlich auch wirtschaftliche Umfeld erreichen. ■

Diese Gedanken und Träume sind konkret formuliert, aber offen gemeint. Wer Lust hat daran weiterzuspinnen oder ähnliche Projekte kennt, meldet sich bei:

Hubert Baumgartner, St. Johannesstrasse 40, 6300 Zug, h.baumgartner@dplanet.ch

Schlichter statt Richter

Die kantonsrätliche Justizprüfungskommission beantragte im Mai 2000 die Schaffung einer Schlichtungsstelle für arbeitsrechtliche Streitigkeiten, die bei der Volkswirtschaftsdirektion angesiedelt werden sollen. Die Zuger Gewerkschaftsbund (GBZ) schlug dagegen die Gründung eines eigentlichen Arbeitsgerichtes vor.

Von Bruno Bollinger, Präsident Gewerkschaftsbund Zug
Bild Brigitte Weiss

Im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen kennt der Kanton Zug kein Arbeitsgericht. Dies macht es für die Gewerkschaften nicht immer einfach, vor Gericht die Interessen der Arbeitenden zu vertreten. Im Kanton Aargau beispielsweise besteht ein Arbeitsgericht, das aus Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer zusammengesetzt ist, die als Laienrichter amten. In den meisten arbeitsrechtlichen Fällen (in erster Linie geht es um Lohnzahlungen) sind es Lohnabhängige, die für ihre Rechte klagen müssen. Die diesbezüglichen Gesetze und Gesamtarbeitsverträge sind klar, so dass häufig bereits die Vermittlung zu einer Einigung führt. Zudem kommen viele Fälle gar nicht zur Vermittlung, weil sie schon durch eine Intervention der Gewerkschaften erledigt werden können.

Obligationenrecht verlangt raschest mögliche Erledigung

Das Obligationenrecht (OR) verlangt eine raschest mögliche Erledigung der arbeitsrechtlichen Streitigkeiten, denn für einen Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin kann es von existentieller Bedeutung sein, ob ein Verfahren einen Monat oder ein ganzes Jahr dauert. Eine Schlichtungsstelle, die nicht beim Ge-



Eingang zum Zuger Gericht, doch im Gegensatz zu vielen anderen Kantonen kennt der Kanton Zug kein Arbeitsgericht.

richt angesiedelt ist, hätte ein solches Verfahren nicht speditiver erledigt. Vor Jahren wurde im Kanton Zug eine ähnlich vorgelagerte Instanz, der Friedensrichter, mit der Begründung abgeschafft, man wolle so Zeit sparen.

Eine Vermittlungsstelle ist ein Rechtsmittel, eine richterliche Funktion, die hohe Unabhängigkeit erfordert, somit eine klassische Funktion der Justiz und keine Aufgabe der Verwaltung. Das kantonale Amt für Wirtschaft und Arbeit gehört zur Volkswirtschaftsdirektion und hat die Einhaltung des Arbeitsgesetzes zu überwachen, was Interessenkonflikte nicht ganz ausgeschlossen hätte.

Alternative für Arbeitsgericht

Die Staatswirtschaftskommission schlug dem Kantonsrat vor, die Vorlage

zurückzuweisen, damit der Vorschlag der Gewerkschaften hätte berücksichtigt werden können. Die Justizprüfungskommission bekam so im Juni 2001 vom Zuger Kantonsrat den Auftrag, die Vorlage zu überarbeiten. Die zwei Vertreterinnen der Alternativen Fraktion setzten sich engagiert für die Schaffung eines Arbeitsgerichtes ein. Vergeblich, die Mehrheit der Kommission hielt an der Idee der Schlichtungsstelle fest. Keine Unterstützung fanden sie auch beim Präsidenten der Kommission, der SP-Mitglied und Gewerkschafter ist. Der Kantonsrat lehnte im April 2001 die Schaffung einer Schlichtungsstelle bei der Volkswirtschaftsdirektion ab, gleichzeitig aber auch die Gründung eines eigentlichen Arbeitsgerichtes.

Für GBZ bleiben einige Fragen offen

Ende November 2001 gab dann das Obergericht bekannt, dass beim Kantonsgericht zwei Schlichter im Nebenamt eingesetzt worden sind. Für den GBZ bleiben aber noch einige Fragen offen: Wieso müssen Rechtsanwälte als Schlichter amtieren? Wäre da ein Gerichtsschreiber, der mit der Praxis des Gerichtes besser vertraut ist, nicht effizienter gewesen? Wieso wurde keine paritätische Schlichtungsstelle geschaffen? Viele Kantone kennen solche Instanzen und machen gute Erfahrungen damit. Will man da bewusst die eine Seite ausschliessen?

Diese Bedenken verstärken sich, denn als Schlichter sind zwei Anwälte aus dem Umfeld der CVP und der FDP gewählt worden. Beide gehören zudem Anwaltsbüros an, die sich eher für die Interessen der Kapitalgeber einsetzen.

Es ist bedauerlich, dass die Zuger Behörden es verpasst haben, eine Lösung zu finden, die das Vertrauen des arbeitenden Volkes in die staatlichen Stellen verbessert hätte. ■

Solidarität mit Maschinen oder mit Menschen?

Ende Mai steht der Kantonsrat vor der Frage: Sollen 2,377 Millionen Franken in umweltschädliche Überkapazitäten investiert oder einer Stiftung für soziale Härtefälle geschenkt werden?

Von Josef Lang, Kantonsrat Alternative Fraktion, Mitglied vorbereitende Kommission zu Zugs Beteiligung an «Swiss».

Schon im Dezember 2001 gab die SGA bekannt, dass sie die Beteiligung an der neuen Luftfahrtgesellschaft ablehnt. Als Alternative schlugen wir vor, die 2,337 Millionen Franken oder einen höheren Betrag den seitens des Bundes zu kurz gekommenen Sozialplänen zur Verfügung zu stellen.

Härtetfonds statt Aktien

Am 14. März 2002 haben sich die sieben Mitglieder der 15-köpfigen Kantonsratskommission, welche die Swiss-Beteiligung ablehnen, auf einen gemeinsamen von Manuela Weichelt entwickelten Alternativvorschlag geeinigt. Statt das Geld in teure Maschinen, die marktmässig überflüssig sind, die Luft verunreinigen und Lärm verursachen, zu investieren, soll es einer Stiftung für Härtefälle zur Verfügung gestellt werden. Zu diesen gehören beispielsweise Schwangere, die mit dem Ende der Swissair ihren Job verlieren und keine Arbeitslosenunterstützung bekommen, weil sie nicht vermittlungsfähig sind. Ein weiterer Zweck dieser Stiftung ist die Umschulung und Weiterbildung arbeitslos gewordener Menschen.

Milliarden-Missgriff

Im Unterschied zur SVP haben wir keine grundsätzlichen Einwände gegen ein wirtschaftliches Engagement der öffentlichen

Hand. Da der Markt, wie das Grounding der Swissair zeigt, immer mehr versagt, braucht es wieder mehr staatliche Eingriffe. Aber der Eingriff, um den es hier geht, ist ein milliardenteurer Missgriff.

In der Luftfahrt gibt es riesige Überkapazitäten. Es gibt nichts Dümmeres, als in eine Branche Kapital zu investieren, in der bereits zu viel Kapital investiert wurde. Dazu kommt, dass der Schweiz mit ihrem kleinen Heimmarkt alle Voraussetzungen fehlen, einen eigenen interkontinentalen Hub wirtschaftlich zu betreiben. Schwer wiegt auch, dass mit der Förderung der Luftfahrt einer der Hauptkonkurrenten für Kurz- und Mittelstrecken (bis 600 km) benachteiligt wird – nämlich die bedeutend umweltschonendere Bahn.

Die gesamthaft zwei Milliarden Franken, welche Bund, Kantone und Gemeinden in die Luftfahrtgesellschaft investieren, müssen andernorts eingespart werden, beispielsweise bei der Bildung und beim öffentlichen Verkehr. Verkehrter können öffentliche Ausgaben kaum getätigt werden.

Unökologisch und unsozial

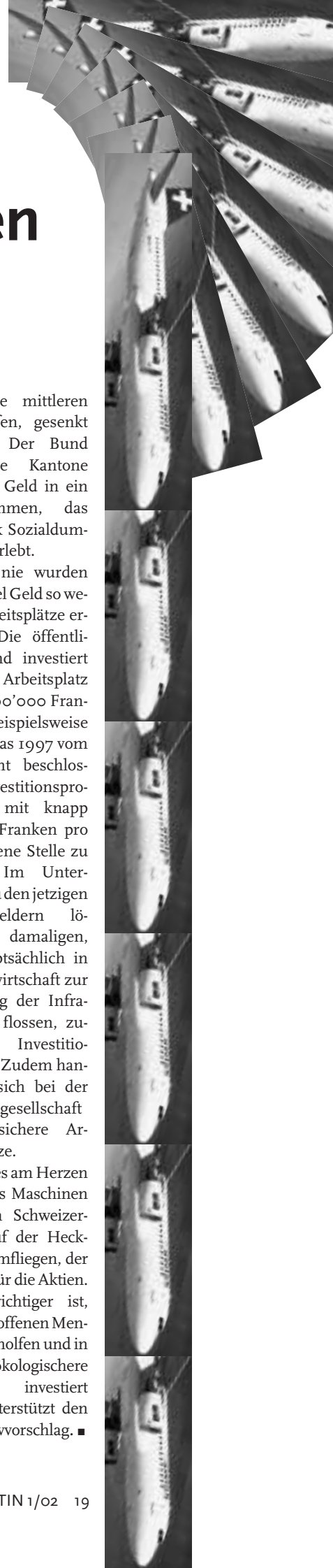
Das Flugzeug ist das Massenverkehrsmittel, das am stärksten zur Klimakatastrophe beiträgt. Wer von Zürich nach Paris und zurück fliegt, bläst etwa 150 Kilo Treibhausgase in die Luft; mit dem Zug wären es weniger als drei Kilo. Neben der Lunge leiden auch die Ohren: In der Zürcher Kantonsratsdebatte hat es der Wallisellener Sozialdemokrat Ruedi Lais auf den Punkt gebracht: «Die Bevölkerung hat nun nicht nur den Lärm zu ertragen, sondern auch noch die Gewissheit, dass dieser Lärm mit Steuergeldern finanziert wird.»

Sozialpolitisch ist es ein Skandal, dass bei den milliardenschweren Finanzspritzen die Sozialpläne praktisch leer ausgegangen sind. Dazu kommt, dass die Swiss nur funktioniert, wenn die Löhne,

auch die mittleren und tiefen, gesenkt werden. Der Bund und die Kantone pumpen Geld in ein Unternehmen, das nur dank Sozialdumping überlebt.

Noch nie wurden mit so viel Geld so wenige Arbeitsplätze erhalten. Die öffentliche Hand investiert für jeden Arbeitsplatz gegen 200'000 Franken. Beispielsweise schlägt das 1997 vom Parlament beschlossene Investitionsprogramm mit knapp 80'000 Franken pro geschaffene Stelle zu Buche. Im Unterschied zu den jetzigen Bundesgeldern lösten die damaligen, die hauptsächlich in die Bauwirtschaft zur Erhaltung der Infrastruktur flossen, zusätzliche Investitionen aus. Zudem handelt es sich bei der Luftfahrtgesellschaft um unsichere Arbeitsplätze.

Wem es am Herzen liegt, dass Maschinen mit dem Schweizerkreuz auf der Heckflosse rumfliegen, der stimmt für die Aktien. Wem wichtiger ist, dass betroffenen Menschen geholfen und in eine ökologischere Zukunft investiert wird, unterstützt den Alternativvorschlag. ■



«Borkenkäfer gehören zum Wald!»

BULLETIN-Leserinnen und -Leser mit gutem Erinnerungsvermögen ist Albin Schmidhauser kein Unbekannter. In einem Interview vor zwei Jahren relativierte er unter anderem die Folgen von Lothar. Vor sieben Jahren wies er in einem vielbeachteten Interview auf den damals noch weitgehend ignorierten negativen Einfluss der Bodenveränderung auf den Zustand des Waldes hin.

**Interview Martin Stuber (am 18.01.2002)
Bilder Arlene Wyttbach**

BULLETIN: Zwei Jahre nach Lothar, dem schlimmsten Sturm im letzten Jahrhundert mit volkswirtschaftlichen Schäden von rund 1,8 Milliarden Franken – lässt sich aus der Sicht des Försters eine erste Bilanz ziehen?

Albin Schmidhauser: Augenfällig zumindest für die Regionen des Mittellandes war die rasche Aufrüstung der Windwurfflächen. Dies sowohl im kleinparzellierten Privatwald wie in den Waldungen grosser öffentlicher Waldeigentümer mit professionell geführten Forstbetrieben. Der hohe Mechanisierungsgrad in der Waldwirtschaft, vorangetrieben insbesondere durch die Forstunternehmungen, hat dies ermöglicht. Höchst erfreulich ist, dass bei steigender Produktivität die Unfallhäufigkeit verglichen mit der Aufrüstungskampagne nach dem Sturm Vivian von 1990 markant zurückging.

Trotz der raschen und meist umfassenden Aufrüstung kann noch nicht abschliessend festgestellt werden, wie hoch der Anteil an verbleibenden Bäumen mit Wurzel- oder Rindenschäden ist. Solche Bäume können unter geringeren Wind- oder Schneelasten fallen oder brechen. Auch können ihre Abwehrmechanismen gegenüber dem Befall durch schädli-

gende Organismen geschwächt sein. Hier kommt es zu Folgeschäden, ihr Umfang ist aber noch ungewiss.

Es ist festzustellen, dass sich die von Lothar verursachten Blößen ohne menschliche Eingriffe – das heisst durch Ansamung oder Samenanflug – sehr stark und in der Regel gut verjüngen. Diese Verjüngung ist zum heutigen Zeitpunkt allerdings noch nicht gesichert, eine optimale Artenzusammensetzung ebenso wenig.

BULLETIN: Die Natur ist also nicht per se ein guter Wundenheiler?

Albin Schmidhauser: Doch, die Natur funktioniert super. Aber nicht unbedingt im Interesse der wirtschaftlichen Nutzung durch den Menschen. Wenn eine Blösse mit wilden Brombeeren bedeckt ist, verzögert sich die natürliche Verjüngung mit nutzungsfähigen Baumarten um ein paar Jahre. Viele Waldeigentümer haben deshalb auch Pflanzen künstlich eingebracht.

BULLETIN: Neben den Menschen gibt es ja auch noch die Tiere, die von der Waldentwicklung betroffen sind.

Albin Schmidhauser: Ich sehe vor allem zwei: das Rehwild und die Borkenkäfer. In den Windwurfgebieten erleben wir ein üppiges Wachstum der Bodenvegetation. Damit verbessert sich unter anderem das Nahrungsangebot für das Rehwild. Es ist damit zu rechnen, dass die Rehwildpopulationen markant ansteigen.

BULLETIN: Schön für die Jäger!

Albin Schmidhauser: Denkste! Nebst dem Nahrungsangebot nehmen nämlich auch die Deckungsmöglichkeiten für das Wild zu! Die Windwurfflächen werden in zwei bis fünf Jahren – je nach Standort – mannshoch und für die Jäger undurchdringlich sein. Die Bejagungsmöglichkeiten werden für einige Jahre erschwert. Das starke Rehwildwachstum fordert

aber nicht nur die Jäger, es betrifft auch die Waldentwicklung. Es zeigt sich, dass gerade in früheren Monokulturgebieten das Wild selektiv vorgeht und seltenere, aber erwünschte Baumarten als Nahrung bevorzugt.

BULLETIN: Und was ist die bevorzugte Nahrung des Borkenkäfers?

Albin Schmidhauser: Grundsätzlich gehören die Borkenkäfer zum Waldökosystem, sie sind ein natürliches Mitglied der Waldfauna. Dann eine Präzisierung: Wir reden beim Borkenkäfer in erster Linie von einer Spezies: vom Ips typographus, dem Buchdrucker. Nach Lothar ist viel brutfähiges Material vorhanden: geschwächte Fichten, umgeworfene Fichten mit Bodenverankerung durch die Wurzeln, stehende Strünke, aufgeworfene Wurzelsteller. Unter deren Rinden vermehrt sich der Buchdrucker stark. Er frisst sich durch die Rinde. Unter günstigen Bedingungen kann ein einzelnes Borkenkäferweibchen in einer Vegetationsperiode mehrere tausend Nachkommen haben.

BULLETIN: In einem Artikel der «Neuen Zuger Zeitung» vom Dezember 2001 spricht ein Revierförster aber nur von einer Verfünf- bis Verachtfachung des Borkenkäferbestandes.

Albin Schmidhauser: Verzögert zur Entwicklung der Borkenkäferpopulation entwickeln sich auch die Populationen der natürlichen Antagonisten – z.B. räuberische Insekten wie Ameisenbuntkäfer und Kamelhalsfliegen, schmarotzende Insekten wie die Schlupfwespen, Bakterien, Pilze und eine Vielzahl von Vögeln, insbesondere die Spechte.

BULLETIN: Also sind die vermehrungsfreudigen Frau und Herr Buchdrucker nur ein kurzfristiges Ärgernis?

Albin Schmidhauser: Diese Frage kann nicht mit Ja oder Nein beantwortet werden. Das Zusammenspiel der natürli-



Albin Schmidhauser, Zug

47 Jahre alt, Vater von zwei Kindern.

1979-84: Förster beim Waldwirtschafts-Verband Schweiz in Solothurn.

1984-89: Studium der Forstwissenschaften an der ETH Zürich.

Seit 1990: Assistent/wissenschaftlicher Mitarbeiter Professur für Forstpolitik und Forstökonomie an der ETHZ.

1996: Promovierung als Dr. sc. techn. mit einer Arbeit über die Rolle von Interessensgruppen in der schweizerischen Forstpolitik.

Bis 1999: ETH Oberassistent

Seit 1.11.1999: Kreisförster im luzernischen Forstdienst; dort auch verantwortlich für die kantonale Holzförderung.

«In dem vom Menschen bewirtschafteten Wald fehlt die ökologisch überaus wertvolle Alters- und Zerfallphase», konstatiert Albin Schmidhauser.

chen Einflussfaktoren auf die Borkenkäferentwicklung und der vom Menschen dagegen ergriffenen Bekämpfungsmassnahmen ist noch weitgehend unbekannt. Wir können durch Entnahme der befallenen Bäume während der Brutzeit der Käfer die Populationen abschöpfen. Dazu müssten aber die Bäume über Tüchern oder Planen entrindet werden und anschliessend müsste die Rinde mit den Käfern verbrannt werden. Es

genügte auch, die Bäume mit handgeführten Entrindungsmaschinen zu entrinden. Die dabei entstehenden kleinen Rindenstücke trocknen sehr schnell aus und die Entwicklung des Käfers wird unterbrochen. Ich spreche im Konjunktiv, weil diese Tätigkeit heute in aller Regel nicht mehr ausgeführt wird. Die Wirkung der Massnahme ist fraglich, wenn Bäume gefällt, mit Maschinen an den Lagerplatz gerückt und dort gelagert wer-

den. Bleibt die Rinde intakt, geht das Brutgeschäft nämlich weiter.

Auch ist zu bedenken, dass durch die Entnahme befallener Bäume gesunde Bäume geschädigt werden können oder freigestellt werden, so dass diese zum Beispiel Sonnenbrand erleiden. In beiden Fällen entstehen Rindenverletzungen, die Bäume werden geschwächt und wir haben neue Eintrittspforten für die Borkenkäfer.

Der Wald nach «Lothar»

Die Geschichte der Borkenkäferkalamitäten in Mitteleuropa lässt keinen Wirkungszusammenhang zwischen den ergriffenen Massnahmen und dem Ende eines epidemischen Borkenkäferbefalls erkennen. Es sind immer Witterungseinflüsse wie langanhaltende nasskalte Perioden im Frühling, welche zum Zusammenbruch von Borkenkäferpopulationen führen. Wie weit die natürlichen Antagonisten daran beteiligt sind, ist Gegenstand der laufenden Feldforschung. Solche Kreisläufe dauern immer mehrere Jahre.

BULLETIN: Und sie funktionieren unabhängig davon, welche Massnahmen in Windwurfgebieten ergriffen werden?

Albin Schmidhauser: Oder unterlassen werden! Beobachtungen im Raum Sörenberg nach Vivian 1990 zeigten, dass die Ausbreitung des Buchdruckers nach drei Jahren von alleine zum Stehen kam. Andererseits ist im bayerischen Nationalpark eine Borkenkäfermassenvermehrung im Gange, die sich nach einer ersten Stagnation jetzt schon während mehr als sieben Jahren ungehemmt ausbreitet.

BULLETIN: Die Buchdruckerepidemie kann also die Erneuerung des Waldes beschleunigen?

Albin Schmidhauser: Generell Ja.

BULLETIN: Ist also das Fällen von dünnen Bäumen während der Winterzeit, wie ich es schon mehrfach beobachtet habe, eine Massnahme gegen den Buchdrucker?

Albin Schmidhauser: Die Mehrheit der Käfer überwintert im Boden. Nur eine kleine Anzahl verbleibt unter der Rinde. Die Entnahme von Bäumen, bei denen Borkenkäfer ausgefliegen sind, hat keine phytosanitarische Wirkung mehr. Solche Bäume können in den Tieflagen problemlos als Dürrständer stehen gelassen werden.

In geneigten Höhenlagen kann das Schneegleiten die Erneuerung verhindern. Dort müssten meines Erachtens dürre Bäume unbedingt stehen gelassen oder an Ort und Stelle quergelagert werden, damit das Abgleiten von Schnee verhindert wird.

BULLETIN: Wieso werden sie denn rausgeholt?

Albin Schmidhauser: Es sind die Vorstellungen des Menschen über einen aufgeräumten Wald.

BULLETIN: Ist das ökonomisch haltbar?

Albin Schmidhauser: In dem vom Menschen bewirtschafteten Wald fehlt die ökologisch überaus wertvolle Alters- und Zerfallphase. Es fehlt insbesondere Alt- und Totholz, da der Mensch die Bäume zum wirtschaftlich optimalen Zeitpunkt erntet. In diesem Alter sind die Bäume aber noch physiologisch gesehen junge Bäume. Eine Eiche wird beispielsweise bis zu 600 Jahre alt. Bei uns wird sie mit 120 bis 180 Jahren geerntet. Das hat Konsequenzen. Als Lebensraum für eine ganze Reihe von Tieren und auch Pilzen wird die Eiche erst in einem höheren Alter relevant.

Zur Wirtschaftlichkeit Deiner Beobachtung: Nach Lothar sind die Holzpreise einzelner Sortimente bis zu 40% gesunken. Vom Borkenkäfer befallenes Holz sinkt in der Regel noch einmal um ein weiteres Drittel. Die Holzpreissituation ist seit Lothar immer noch sehr angespannt. Wäre es da nicht sinnvoller, den bereits vom Borkenkäfer geschädigten und verlassenen Baum stehen zu lassen statt den Holzmarkt mit noch mehr tiefstpreisigem Holz zu beliefern?

BULLETIN: Also: wieso wird dieser Baum nicht stehen gelassen?

Albin Schmidhauser: Dazu müsste man die Waldeigentümer befragen. Ich vermute, dass ihnen der Gedanke unerträglich ist, einen dünnen Baum im Wald ste-

hen zu haben. Oder dass er durch staatliche Fördermittel zu dieser Massnahme ermuntert oder durch Anordnung gar gezwungen wird.

BULLETIN: Wie sehen diese Fördermassnahmen aus?

Albin Schmidhauser: Der Bund und viele Kantone unterstützen die Nutzung solcher Bäume mit einer Defizitgarantie für die Waldeigentümer unter dem Titel: «Massnahmen zur Verhütung von Waldschäden durch Borkenkäferbefall». Diese Förderung ist gerechtfertigt, wenn es effektiv gelingt, die Bäume während der Brutzeit der Borkenkäfer zu entfernen und die Käferpopulation wirklich abzuschöpfen. Diese Eingriffszeit ist sehr beschränkt, je nach Witterungsverlauf beträgt sie nur zwei bis drei Monate im Jahr und dies zu einer Zeit, wo die zahlenmässig grösste Kategorie der Waldeigentümer – die Landwirte – auf ihrem Hof Hochsaison haben. Das bedeutet, dass viele phytosanitarische Massnahmen im Wald zu spät kommen und damit wirkungslos sind.

Darüber hinaus ist es auch fraglich, wie weit staatliche Mittel eingesetzt werden dürfen, wenn deren Wirkung – wie oben erwähnt – der weiteren Vermehrung Vorschub leisten kann.

BULLETIN: Von welchen Beträgen reden wir da?

Albin Schmidhauser: Der Bund hat gestützt auf das Waldgesetz rund 510 Millionen Franken inklusive rückzahlbarer Darlehen über eine Laufzeit von 4 Jahren zur Verfügung gestellt. Hinter den einzelnen Förderrubriken stehen ganze Fächer von möglichen Massnahmen. Den im Bereich der Rohholzproduktion, Beiträge an defizitäre Holzschläge, Lagereinrichtungen und Borkenkäferbekämpfung anzusetzenden Betrag schätze ich auf rund 150 Millionen Bundesfranken. Diese Gelder lösen immer auch Kantonsbeiträge aus.



BULLETIN: Eine Menge «Holz». Wo fehlt dieses Geld stattdessen?

Albin Schmidhauser: Ironischerweise im Wald. Um das zu verstehen, braucht es einen Blick auf die Marktwirkungen solcher Fördermittel. Ich kann meine Ansicht nicht beweisen, sie lässt sich aber aus der Entwicklung der Holzpreise in Mitteleuropa nach Lothar ableiten. Im Januar 2002 durchgeführte Tagungen an der Universität Freiburg im Breisgau und der ETH Zürich stützten meine These.

In den ersten Wochen nach Lothar wurden Beträge in der Grössenordnung von 40 bis 50 Franken pro m³ geschädigtes Holz als notwendige minimale Hilfe an die Waldwirtschaft genannt. In den benachbarten Ländern umfassten die Fördermittel lediglich 3 bis 5 Euro pro m³. Die Holzpreisentwicklung bis zu Ostern 2000 sah folgendermassen aus: In der Schweiz sanken die durchschnittlichen Holzerlöse in etwa um die vormals diskutierten Beträge, ohne dass in der Zwischenzeit seitens des Bundes schon entsprechende parlamentarische Beschlüsse gefasst worden wären. In unseren Nachbarländern waren die Preissenkungen im Rahmen der dort in Aussicht gestellten Fördermittel. Die Endpreise für verarbeitetes Holz (Schnittware) hingegen blieben auf dem Niveau vor Lothar.

Dies ist ein deutlicher Hinweis, dass diese öffentlichen Gelder an den eigentlichen Adressaten – den Waldbesitzern – vorbei an andere Endempfänger gelenkt worden sind.

BULLETIN: Wer hat profitiert?

Albin Schmidhauser: Einerseits haben die Holzhändler und die Sägereien zusammen es offensichtlich geschafft, die Subventionen in ihre Taschen zu lenken. Andererseits profitierten auch die Forstunternehmungen über höhere Stückkosten respektive tiefere Kaufpreise für die Übernahmen von «Holz ab Stock».

BULLETIN: Was sähe eine gerechte Subventionierung aus?

Albin Schmidhauser: Die Produktion marktfähiger Produkte darf nicht subventioniert werden. Die Unterstützung muss in Massnahmen fliessen, mit denen die Ziele der nationalen respektive der kantonalen Waldpolitiken erreicht werden können. Nach Lothar zum Beispiel die Schaffung und Pflege standortgerechter Bestände – eben die weiter oben erwähnten natürlichen Waldgesellschaften. Im Mittelland heisst das in der Regel: Laubmischwald statt Fichten-Monokulturen.

BULLETIN: Das erinnert an die Direktzahlungen an Bio-Bauernbetriebe, die an bestimmte Produktionsmethoden geknüpft sind.

Albin Schmidhauser: Die Parallelen sind da. Staatliche Finanzhilfen für den Wald sollten an konkrete Leistungen gebunden sein.

BULLETIN: Du hast in den letzten beiden Interviews die Wirkungszusammenhän-

ge zwischen Luftverschmutzung, Überdüngung des Bodens und Verschlechterung des Waldzustandes erklärt.* Weiss man inzwischen mehr und hat Lothar in dieser Hinsicht Folgen gehabt?

Albin Schmidhauser: Forschungen des Institutes für angewandte Pflanzenbiologie aus Schönenbuch BL, das auch im Kanton Zug Felduntersuchungen durchgeführt hat, bestätigen die damals befürchteten Wirkungszusammenhänge. Lothar hat einen starken Mechanisierungsschub in der Waldwirtschaft zur Folge gehabt. Durch unsachgemässen Einsatz von schweren Holzerntemaschinen sind vielerorts Waldböden verdichtet worden. Diese Verdichtung verschlimmert die Wirkungen der sauren Niederschläge im Boden. Solche Böden benötigen oft Jahrzehnte zur Regeneration.

BULLETIN: Ist dies bei der Subventionierung nicht berücksichtigt worden?

Albin Schmidhauser: Ein Kriterium für die Ausrichtung des tieferen Ansatzes ist die flächige Bodenverdichtung durch Erntemaschinen und Rückefahrzeuge. Diese Kriterien sind gleich zu Beginn der Räumungskampagne kommuniziert worden und haben aus meiner Sicht zu einem mehrheitlich pfleglichen Einsatz geführt. ■

* Die Aussagen beider Interviews sind immer noch gültig. Abrufbar auch unter www.sga-zug.ch/bulletin



Der (letzte) Stapel neben meinem Bett

Von Ula Schiesser

Mit dieser Kolumne nehmen wir den Hut, meine Freundin Charlotte und ich. Wir finden, Sie haben genug mit uns gelesen und gelebt. Bevor wir aber leise winkend aus Ihrem Leben verschwinden, wollen wir Ihnen noch einmal Literatur ans Herz legen. Und da wir immer saisonbewusst sind, schwärmen wir für drei Bücher über verschiedene Arten von Liebe. Über die Liebe zwischen Freunden und zwischen den Geschlechtern erfahren wir,



wenn wir den neuen Roman von **Philip Roth** «**Der menschliche Makel**» lesen. In diesem letzten Teil seiner amerikanischen Trilogie lässt Roth den Schriftsteller Nathan Zuckerman, Roths Ich-Erzähler und Double, die Geschichte von Coleman Silk erzählen. Als extrem hellhäutiges Kind afroamerikanischer Eltern, das überall als Weissler durchgeht, erfindet er für sich eine neue Identität als

Jude, führt sozusagen den amerikanischen Traum ad absurdum und lebt fortan wurzellos mit diesem Geheimnis. Im Sommer 1998, nach einer langen Karriere als Dekan, wird Silk des Rassismus gegen Schwarze bezichtigt, weil er in einem Seminar zwei Worte sagt, die man falsch auslegen kann, wenn man unbedingt will. Silk ist nun als Rassist gebrandmarkt und verlässt das College verbittert. Als wenig später seine Frau plötzlich stirbt, sieht er auch sie als Opfer von Heuchlern und Saubermännern. Mit 70 Jahren lernt Silk Faunia kennen, eine Frau, halb so alt wie er, mit der er ein nächtliches Leben voller Freiheit lebt. Der Ex-Mann von Faunia kommt ins Spiel und Silks Leben endet abrupt und tragisch (wie, das lesen Sie bitte selber!). Man steigt aus diesem Roman wie aus einer Achterbahn: atemlos und durcheinander geschüttelt. Und möchte gleich wieder einsteigen, weil man weiss, dass man höchstens die Hälfte mitbekommen hat.

Und ich bleibe bei Philip Roth, weil er noch ein Buch geschrieben hat, das mich «gerettet» hat, kurz nachdem meine Schwester einen langsamen, schrecklichen Tod gestorben war. Zum ersten Mal, seit man uns in der vierten Klasse die Broschüre «Das Buch – Dein Freund» in die Hand gedrückt und uns im Glauben gelassen hatte, es gäbe gegen jeden Schmerz die richtige Literatur, fand ich mich in der Lage, dass nichts Geschriebenes helfen konnte. Da fand mich **Philip Roths** Buch «**Mein Leben als Sohn**» und erreichte mich in meinem

Nichtverstehen, meiner Wut und meinen Zweifeln an mir selber. Roth beschreibt darin Krankheit, Leiden, Zerfall und Tod seines starken, herrischen Vaters. Er beschreibt die ganze Ambivalenz, die Zärtlichkeit, den Wunsch, das Sterben möge schon vorbei sein – ein Wunsch, der nie schuldlos bleibt, denn «vorbei» bedeutet in diesem Fall immer den Tod des Kranken. All die Angst vor dem, was noch kommen könnte und die schlimmste Angst vor dem Alleinbleiben, die einen nächtelang egoistisch heulen lässt. Das Verückte an diesem Buch über die schwere Sohnesliebe ist, dass es manchmal witzig ist, rührend, warm und spannend. Lesen Sie es einfach.

Aber mit so schwerer Kost entlassen wir Sie nicht. Liebesgeschichten können auch leichtfüssiger daherkommen. So traf mich wieder einmal der Blitz des Habenwollens, als ich in der Buchhandlung das Buch von **Anna Gavalda** sah, mit dem wunderbaren Titel «**Ich wünsche mir, dass irgendwo jemand auf**



mich wartet». Wollen Sie den letzten guten Ratschlag meiner Freundin Charlotte hören? «Dieses Buch musst du dir von deinem Liebsten vorlesen lassen. An einem schönen Frühlingmorgen, wenn etwas Licht durch die Jalousien dringt, unter einer weissen Decke. Er muss riechen wie Milch und Safran und seine Stimme muss etwas heiser sein. Freut euch zusammen, wenn die Liebe gelingt und flüchtet unter die Decke vor dem grossen Unglück, das plötzlich hereinbrechen kann.»

Liebe Charlotte, mein Lieblingsmann jammert bereits nach zehn Minuten nach seinem Frühstück und dass ihm die Lesebrille immer von der Nase rutscht. Und die Tochter lässt fragen, ob sie mit den Freundinnen bei uns frühstücken darf ... was soll ich tun?

«Komm zu mir, wir machen einen Sofa-Vorleseabend und lachen über unsere romantischen Ideen. Übrigens müssen wir uns überlegen, wie wir ohne Bulletin weiterleben sollen.» ■

Literaturangaben

- Philip Roth: Der menschliche Makel.
- Philip Roth: Mein Leben als Sohn.
- Anna Gavalda: Ich wünsche mir, dass irgendwo jemand auf mich wartet.



Zuger Kinos

Von Thomas Ulrich

«Elling»

Als Ellings Mutter mit 40 Jahren stirbt, wird er völlig abgeschottet von der Aussenwelt lebend in ihrer Wohnung aufgefunden. Er kommt in eine Anstalt und erhält zwei Jahre später die Chance, mit seinem Zimmergenossen Kjell Bjarne ein neues, unabhängiges Leben in der Gesellschaft aufzubauen. Dank der Mithilfe eines Heimangeestellten erhalten die beiden ein Zimmer in Oslo, wo sie nun beweisen müssen, dass sie es auch auf eigene Faust schaffen. Dies ist keineswegs einfach, besonders für Elling, der schon eine Höllenangst davor hat, ein Telefon zu beantworten oder in den Einkaufsladen um die Ecke zu gehen. Aus einer Trotzreaktion heraus wagt sich Elling eines Abends an einen Lyrikabend, wo er Alfons, ein Intellektueller der alten Garde, trifft und sich mit ihm befreundet. Der konservative Elling ist so frustriert von der modernen Poesie dieses Abends, dass er beschliesst, selber Gedichte zu schreiben. Er wird zum mysteriösen «Sauerkrautpoeten E.», der seine Werke in entsprechende Packungen im Supermarkt steckt. Währenddessen macht sich Kjell – noch ganz «Jungfrau» – an Reidun, die gerade in der Woh-



nung weiter oben wohnt ...

Die Story ist eigentlich ganz unspektakulär und auch nicht wichtig. «Elling» ist aber ein weiteres Beispiel für kleines und gutes europäisches Kino mit Herz, das von wahren Menschen und nicht von irgendwelchen Fantasiefiguren handelt. Der Film lebt nicht von der Handlung, sondern wird von seinen fein ausgearbeiteten Charakteren getragen, die witzig und tragisch zugleich sind. Elling ist ein egozentrischer und komischer Kauz, der aber immer wieder sympathisch daher kommt. Mein Liebling war aber der leicht bescheuerte Riese mit Herz und harter Birne Kjell. Mit dem würde ich gerne mal auswärts essen gehen - endlich mal jemand, der (auch) einen anständigen Appetit hat und nicht schon nach dem zweiten Gang schlapp macht.

Ingvar Ambjornsen hat mehrer Romane über Elling geschrieben. Einer davon wurde auch als Theaterstück adaptiert, für welches ebenfalls Petter Naess Regie führte. Per Christian Ellefsen spielte auch darin schon die Rolle des Elling. Dies dürfte dem Film sehr geholfen haben, denn Elling kommt als perfekt geformter Charakter hinüber. Der Film wurde für den Oscar als bester fremdsprachiger Film nominiert und startet in der deutschen Schweiz voraussichtlich am 18. April 2002.

«Elling»

Von Petter Naess.

Mit Per Christian Ellefsen, Sven Nordin uva.

1:1.66, Dolby SR, 84 Min.

Verleih: Ascot-Elite.

Start: 18. 4. 2002.

«The Royal Tenenbaums»

«The Royal Tenenbaums» ist in mancher Hinsicht das pure Gegenteil von «Elling». «Elling» kommt mit vier Figuren und Statisten aus, in «Tenenbaums» wimmelt von Charakteren, die von einem Staraufgebot gespielt werden. Der Tenenbaum-Clan ist höchst künstlich, die Story des ausgestossenen Vaters, der alles wieder gut machen will, durchkonstruiert. Trotzdem hat auch die-



ser Film seinen Reiz. Denn sein Humor schleicht sich einem überraschend subtil ins Gehirn, es gibt keine «Brüller». Das Ensemble ist spitze und die Ausstattung sogar genial. Entsprechend wurde das Drehbuch für einen Oscar nominiert.

«The Royal Tenenbaums»

Von Wes Anderson.

Mit Gene Hackman, Anjelica Huston, Bill Murray, Gwyneth Paltrow, Ben Stiller, Danny Glover, Owen Wilson.

1:2.35, Dolby Digital, 108 Min.

Verleih: Buena-Vista.

«Elling» oder «The Royal Tenenbaums» oder beide – viel Spass! Und pressiert, falls ihr die «Tenenbaums» noch sehen wollt. ■



Erwina Winiger Jutz, Cham (Alternative)

Erwina Winiger heisst die neue Kantonsrätin der Alternativen Fraktion des Kantons Zug. Sie ist 36-jährig und von Beruf Erwachsenenbildnerin und Lehrerin für Handwerkliches Gestalten. Zu ihrer neuen Aufgabe meint sie:

«Bei den letzten Kantonsratswahlen liess ich auf die Wahlpostkarte drucken, dass ich gut gerüstet bin für Unvorhergesehenes. Da Yvonne Furler vorzeitig ihr Amt als Kantonsrätin niedergelegt hat und ich ihren Platz einnehme, kann ich nun unter Beweis stellen, dass ich dieser Aussage gerecht werde.

Ich habe soeben meine Ausbildung zur Erwachsenenbildnerin abgeschlossen und somit wieder mehr freie Zeit zur Verfügung, welche ich nun gerne in Dienst der Gesellschaft stelle.

In der Alternativen Fraktion sowie an den Kantonsratssitzungen wurde ich wohlwollend empfangen. Die Einarbeitungszeit wird kurz sein, denn die Wahlen stehen schon an.» ■



Alles neu macht der März: Das BULLETIN verteilt ab sofort in unregelmässigen Abständen Auszeichnungen für besondere publizistische Leistungen:

Den 1. Preis in der Kategorie «Kurz und bündig» erhält **NZZ-Leserbriefschreiber Laurenz Hüsler** aus Egg:

«Barfuss»: «Ach, das arme barfüssige Buebli auf dem SVP-Plakat gegen die UNO tut mir schaurig leid: Da hat es einen Sack voller Millionen in der Hand und kommt vor lauter Angst nicht auf die Idee, sich Schuhe zu kaufen. Hoffentlich holt es sich keinen Schnupfen.»

Der 1. Preis in der Kategorie «Interview» geht an **Werner Vontobel von CASH**. Seit kurzem bringt Vontobel mit seinen fiktiven Interviews nicht nur das Upper Management einmal pro Woche zum Brüllen, sondern auch Normalsterbliche.

CASH heimst noch einen Preis ein – für den besten Comic Strip. **IGOR**, die philosophische Ratte, bringt einmal pro Woche auf den G-Punkt. (Jede Woche aktuell auch auf www.sga-zug.ch/Igor, mit Archiv zurück bis 1998)

Der 1. Preis für die beste Karikaturistengruppe gehört unangefochten dem Tagesanzeiger: mit **Nico**, der wie ein guter Wein immer besser und besser wird, mit **Järmann und Schaads** täglichem EVA-Strip, mit Schaads genialen Einzel-Cartoons und im Züri-Tipp mit **Mike van Audenhoves** «Zürich by Mike» und **Peter Hürzlers** «Emil».

Schliesslich bleibt noch der 1. Preis für besonders gelungene politische Inserate. Die www.ggr.ch – Inserate der **SGA/Parteilosen-Fraktion** müssen leider ausser Konkurrenz laufen – Beschäftigten des Unternehmens ist die Teilnahme am Wettbewerb verboten. So kommt die **SVP** zum Handkuss. Mit ihren intelligenten und der Wahrheit verpflichteten Steuer-Testimonials sorgt sie dafür, dass wir am Schluss gar keine Steuern mehr bezahlen müssen, sondern noch etwas herausbekommen.

Nur Bronze gibts hingegen für **SVP-Nationalrat Marcel Scherer**: Im NZZ-Rating des Bundesparlamentes schafft er es auf der nach rechts offenen Richterskala trotz Traumnote 9.7 nur auf den 3. Platz. Noch rechter sind Ulrich Schlüer und Bruno Zupiger, ebenfalls SVP.

Da kann **FDP-Nationalrat Hanno Leutenegger** nicht mithalten. Mit 7.4 reicht zwar innerhalb der FDP locker in das rechte Viertel, aber bei der SVP gehört er damit schon fast zum linken Flügel. Ein Parteiwechsel drängt sich also auf, Herr Leutenegger. Die FDP etwas weniger rechts, die SVP ein bisschen mehr links.

Null ist bei diesem Rating übrigens nicht der Nullpunkt, sondern die politische Mitte. Der politische Nullpunkt liegt bei 10.

Für die **Stadtzuger SP** liegt der politische Nullpunkt zurzeit im Bruibachtobel. «Mut zum Aufbruch» verordnete da die extra aus Bundesbern

eingeflogene Konsumentenschützerin Sommaruga den zwei Dutzend GenossInnen im Burgbachkeller.

Murmelte eine Dissidente: Besser wäre «Mut zum Abbruch» des politischen Blindfluges von **Müller & Müller**.

Abgebrochen haben die **baden-württembergischen Grünen** ihren Parteitag – wegen einer Computerpanne. Der böse Computer berechnete aufgrund eines Rundungsfehlers die Delegiertenzahl falsch. Können wir Zuger Grüne nur träumen, von soviel Delegierten.

Träumen tut auch der Verleger der **«Zuger Presse»** – von einem richtigen Chefredaktor. Oder Chefredaktorin. «Ihr Profil: hohe Belastbarkeit». Nutzlast nicht unter 120 dB.

Immer belastbarer werden dafür die Frauen. Stolz vermeldet das **Militärdepartement** einen neuen Rekord bei der Anzahl Rekrutinnen. Unter den 12160 Rekruten tummeln sich nun schon 84 Frauen. Ohne Rundungsfehler.

Der liebe Gott bestellt **Putin, Bush und Schröder** zu sich in

den Himmel. «Ich habe eine wichtige Mitteilung für Euch: Jetzt reicht's mir endgültig mit eurem Treiben da unten – in einer Woche wird die Welt untergehen!»

Putin kommt deprimiert zurück in den Kreml: «Boris, ich bringe zwei schlechte Nachrichten mit: Gott gibt es doch und in einer Woche lässt er die Welt untergehen.»

Zur gleichen Zeit telefoniert im Weissen Haus ein zutiefst verunsicherter Bush Jr. mit Bush Sr.: «Daddy, ich habe eine gute und eine schlechte Nachricht. Zuerst die Gute: Gott existiert! Aber in einer Woche lässt er die Welt untergehen – was soll ich bloss tun?»

In Berlin stolpert am nächsten morgen ein verkaterter Schröder in die Kabinettsitzung. «Sorry Jungs, aber ich habe die ganze Nacht gefeiert – es gibt nämlich zwei wirklich gute Nachrichten: Erstens gehört Deutschland wieder zu den drei Grossen. Und zweitens wird die SPD für alle Zeiten an der Macht bleiben.»

Noch nicht an der Macht ist die zurückgetretene Kantonsrätin der Alternativen Fraktion, **Yvonne Furler**. Kann aber nicht mehr lange dauern, wie folgender Brief zeigt. ■

Parabrich
Frau Regierungsrätin
Yvonne Furler Studer
Göbelstr.
6313 Wetzwil

Mitte Februar 2002

www.lobby-market.ch erreicht hohe Beachtung:
sind Ihre Daten nachgeführt und aktuell?

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin

Vor einiger Zeit haben wir Sie eingeladen, Ihre persönlichen Daten unter dem Stichwort „Interessenbindung“ in das Portal des www.lobby-market.ch einzutragen. Wir haben Ihnen dazu eine Benutzer-ID sowie ein Passwort zugesandt. Die anfallenden Diskussionen zum Thema „Interessenbindung“ und die hohen Zugriffszahlen auf den „Lobby-market“ zeigen, dass seitens der Öffentlichkeit dafür ein breites Interesse besteht.

Veranstaltungen



Veranstaltungskalender

FR, 26. April:

SGA-Jahresversammlung
ZALT-Cafeteria (gegenüber EPA) in Zug, 18.30 GV, ab 19.00 Nomination Stadtratskandidatin, Gastreferentin: Monika Stocker, grüne Stadträtin aus Zürich. Ab 20.00 Apéro mit griechisch-türkischem Imbiss

MI, 22. Mai: GV des Vereins Integrationsnetz Zug
20.00, Rest. Bären, Zug.

DO, 04. April:
SGA-Monatsbar
Ab 18.30, ZALT-Cafeteria,

IG Velo Zug: Velofahrkurse für Kinder und Jugendliche

Kurs A: Übungen im Verkehrsgarten. Für Kinder ab 6 Jahren in Begleitung einer erwachsenen Person.

Sa, 27. April, 14.00-17.00
Sa, 25. Mai, 14.00-17.00

Kurs B: Üben im Verkehrsgarten und auf Quartierstrassen. Für Kinder ab Schuleintritt in Begleitung einer erwachsenen Person.

Sa, 27. April, 8.30-11.30
Sa, 27. April, 14.00-17.00
Sa, 25. Mai, 8.30-11.30
Sa, 25. Mai, 14.00-17.00

Kurs C: Übungen und Verhaltensregeln für den Stadtverkehr. Für Jugendliche ab 12 Jahren und Erwachsene.

Sa, 27. April, 8.30-11.30
Sa, 25. Mai, 8.30-11.30

Infos und Anmeldungen:
Chantal Pauli, Hofstr. 43,
6300 Zug, Tel. 041 710 12 07,
chantal.pauli@bluewin.ch

Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht.

SA, 13. April:
Baarer Velo-Börse 2002
8.00-15.00, Schulhausplatz Marktgasse, Baar. VelOase, Erwin Bestgen 041 760 52 25

DO, 18. April: Podium zur Fristenregelung
20.00, Casino Zug. Frauenorganisationen des Kantons Zug.

DI, 30. April: Queens of Spleens, MusiComedy
20.00, Burgbachkeller-Theater, Zug. OFRA, Zug.

DO, 2. Mai:
SGA-Monatsbar
Ab 18.30, ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht.

DO, 6. Juni:
SGA-Monatsbar
Ab 18.30, ZALT-Cafeteria, Zug (vis-à-vis EPA), mit z'Nacht.

DO, 13. Juni: Nominationsversammlung Forum Oberägeri
20.00, Rest. Gulm, Oberägeri.

Bulletin intern



Herausgeberverein «DAS BULLETIN»: Erfolgreiches erstes Jahr

An der Generalversammlung vom 15. März 2002 konnte der Präsident des 2001 gegründeten Herausgebervereins, Bruno Bollinger, dank der steigenden Anzahl von Abonnentinnen und Abonnenten auf ein erfolgreiches 2001 zurückblicken.

Obwohl wegen buchhalterischer Umstellung im Rechnungsjahr fünf, statt den üblichen vier Bulletins bezahlt und abgerechnet wurden, präsentierte Kassiererin Dana Zumr eine ausgeglichene Rechnung. Hier gilt der Dank den Leserinnen und Lesern des BULLETINS, die mit ihren Abo-Zahlungen die Finanzierung des BULLETINS sichern. Der Vorstand wurde in globo für ein weiteres Jahr wiedergewählt. Nach der GV sorgten mit der «Oldie»-Disco die beiden DJ's Toni und Urs für Stimmung und einen vollen Saal. ■

(Auf dem Bild oben zu sehen: der Vorstand des Herausgebervereins «DAS BULLETIN». Von links: Dana Zumr, Arlene Wytenbach, Walter Richner, Andreas Kuhn, Marianne Aepli, Bruno Bollinger, Agatha Rüttschi-Blattmann, Toni Kleimann.)

Impressum



Namentlich gezeichnete Artikel unterliegen der alleinigen Verantwortung der Autorinnen und Autoren.

Bulletin Nr. 4, März 2002, erscheint viermal jährlich.

Herausgeber:
Verein DAS BULLETIN
Adresse: BULLETIN des alternativen Zug, Postfach 4805, 6304 Zug, E-Mail: mstuber@tic.ch

Redaktion: Natalie Chiodi, Gisela Hürlimann, Gerhard Schmid, Martin Stuber, Thomas Ulrich, Elisabeth Höfliger

Produktion: Stefan Gisler
Gestaltungskonzept: Urs Bachmann

Belichtung und Druck: ropress, Zürich

Gedruckt auf Cyclus Print, hergestellt aus 100% entfärbtem Altpapier.

Auflage: 1400

Abonnement: Fr. 20.-
KleinverdienerInnen Fr. 10.-
Unterstützungsabo: Fr. 50.-
Mitgliederbeitrag Verein DAS BULLETIN: Fr. 100.-

Einzahlungen auf:
Verein DAS BULLETIN,
6304 Zug, PC 60-30584-6

Nr. 2/2002. Redaktionsschluss: Freitag, 17. Juni 2002; Erscheinungsdatum: Donnerstag, 26. Juni 2002

«DAS BULLETIN» auf dem Internet unter www.sga-zug.ch/bulletin

AZB 6304 Zug

Adressberichtigungen melden: SGA, Postfach 4805, 6304 Zug

--